

Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

1/82

| | Seite |
|--|-------|
| Elisabeth Veya: Bestand und Bewegung | 1- 2 |
| Gleichberechtigung von Frau und Mann - ein Leitbild L'égalité des droits entre femmes et hommes - idées directrices | 3- 7 |
| Eguaglianza tra uomo e donna - un modello | 8-10 |
| Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1981 L'activité en 1981 de la Commission fédérale pour les questions féminines | 11-19 |
| L'attività della Commissione federale per i problemi della donna nel 1981 | 20-24 |
| Marie-Josèphe Lachat: Le Bureau de la condition féminine: une revendication des jurassiennes | 25-30 |
| Richard Schwertfeger: Konjunkturpuffer Frauenarbeit Résumé, Riassunto | 31-34 |
| Die wirtschaftliche Rolle der Frau in der ECE Region Résumé | 35-36 |
| Gret Haller: "Versorgungsunabhängigkeit", was heisst das? | 37-38 |
| Elisabeth Kästli: Chronik der laufenden Ereignisse November 1981 bis Februar 1982 | 39-42 |
| Uebersicht über frauenrelevante Vorstösse in den kantonalen Parlamenten Liste d'interventions parlementaires cantonales sur les questions féminines | 43-47 |
| Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale | 48-55 |

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



5. Jahrgang, Nr. 1
 April 1982

herausgegeben von der Eidgenössischen
 Kommission für Frauenfragen. Bundesamt
 für Kulturpflege, Thunstrasse 20,
 3006 Bern, Tel. 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Verena
 Laedrach-Feller, Elisabeth Veya

Abdruck der Beiträge unter Quellenangabe
 erwünscht

Bestand und Bewegung

Nach längerer Zeit erscheint "F", das Bulletin der Eidg. Kommission für Frauenfragen, wieder. Es soll weiter bestehen, um zu bewegen.

Ein guter Teil des vorliegenden Heftes befasst sich mit dem Stand der Frauenfragen in verschiedenen Organisationen und Strukturen. Erstmals haben wir versucht, die Aktivitäten zur Realisierung der Gleichberechtigung in den Kantonen zu erfassen. Die Liste ist nicht lückenlos, leider. Wir sind zu ihrer Komplettierung auf die Mitarbeit vieler Personen in den Kantonen angewiesen und hoffen, in der nächsten Nummer sei die Uebersicht bereits kompletter. So soll mit der Zeit dieser Teil - zusammen mit der Uebersicht über die Verhandlungen in der Bundesversammlung und der Chronik - ein möglichst vollständiges Bild über den Stand der Diskussion in der politischen Szene von Bund und Kantonen "nach dem 14. Juni 1981" geben.

Im Zusammenhang mit dieser Abstimmung wollten wir nachprüfen, wieweit das im neuen Verfassungsartikel verankerte, direkt klagbare Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit bereits in Anspruch genommen worden ist. Negativer Bescheid allenthalben: bei keinem der angefragten Gerichte ist ein solcher Prozess hängig. Wo liegt der Grund? Eine Erklärung könnte der Aufsatz von Richard

Schwertfeger geben: auch wenn wir in der Schweiz nicht gerade einer wirtschaftlichen Rezession entgegengehen, ist der Arbeitsmarkt heute doch so eng, dass eine Frau ohne Rückendeckung durch eine Gewerkschaft oder sonst eine Gruppierung kaum den "Kampf" gegen den Arbeitgeber aufnehmen wird, zumal es an ihr ist, ihre Diskriminierung zu beweisen.

Doch zurück zur Bestandesaufnahme: nach dreijährigem Bestehen stellt sich die bislang einzige kantonale Stelle für Frauenfragen vor. Marie-Josèphe Lachat - Mitglied der Eidg. Kommission für Frauenfragen - umreisst Aufgabe, Tätigkeit, Erfolg und Frustrationen des jurassischen "Bureau de la Condition Féminine".

Neu zum Bestand der Organisationen, die sich um die Gleichberechtigung von Mann und Frau bemühen, ist der Europarat gekommen. Verschiedene Komitees, eines "sur l'égalité entre hommes et femmes" sowie ein anderes "sur les discriminations fondées sur le sexe", beschäftigen sich ausschliesslich mit Fragen der Partnerschaft und Gleichstellung in Recht und Gesellschaft, andere sind im Rahmen ihres anderslautenden Mandats auf das Thema der Emanzipation von Frau und Mann gestossen (worden). Während das zweitgenannte Komitee eine Empfehlung zu Handen der Europäischen Justizministerkonferenz vorbereitet, möchte das erstere längerfristig die gesamten Arbeiten des Europarates auf die Gleichberechtigung lenken und insbesondere Verbindungen zu anderen internationalen Organisationen (UNO, UNESCO, OECD, EG) schaffen und pflegen.

Bei dieser Aufzählung der Aktivitäten Dritter soll es nicht bleiben. Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen hat seit letztem Sommer mit der Aufnahme von Art. 4 Abs. 2 in die Bundesverfassung eine neue Dimension erhalten. Deshalb hat sich die Kommission vor kurzem ein Leitbild gegeben, das von den Ideen von Partnerschaft, der Auflösung traditioneller Rollenzwänge, der Freiheit für Frau, Mann und Kind geprägt ist. Zu einer solchen neuen Realität führen verschiedene Wege; wir sprechen uns darüber nicht aus; doch wichtig ist das Ziel, das wir erreichen wollen, alle.

Ein Ziel und kein Schritt darauf hin?
Wir arbeiten derzeit an einem Gesamtverzeichnis der Frauenberatungsstellen der Schweiz, einem Anfang zum Netzwerk der Frauensolidarität in der Schweiz sozusagen. Das Verzeichnis wird Wegweiser sein und Markstein: die Fülle und Vielfalt der aufgeführten Stellen wird das Mass an Hilfsbedürfnis, aber auch jenes von Hilfsbereitschaft bekunden - auch das Mass von Selbsthilfe der Frauen.

So zeigt unsere Bestandesaufnahme, dass vieles in Bewegung gekommen ist. Was sich bewegt, verändert sich - lebt. Die Frauenfrage als Emanzipationsfrage bleibt lebendig und bildet einen der Gärstoffe der Entwicklung unserer Gesellschaft.

Elisabeth Veya

Gleichberechtigung von Frau und Mann - ein Leitbild

I. Vorbemerkungen

Mit der Volksabstimmung vom 14. Juni 1981 ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Bundesverfassung verankert worden. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen hat es sich zur Aufgabe gesetzt, ein Leitbild zu entwerfen, das mit klaren Zielen die weiteren Schritte auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichberechtigung von Frau und Mann erleichtern soll. Bestimmend war dabei der Gedanke, dass Gleichberechtigung nicht Gleichmacherei, sondern Partnerschaft von Mann und Frau bedeutet, in der beide ihre Wertvorstellungen und entsprechenden Verhaltensweisen einbringen können.

Das gesamte ausserhäusliche Leben, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gelten primär als Sache der Männer, während die innerfamiliären Aufgaben, Haushalt, Kinderbetreuung und -erziehung den Frauen als Domäne zugeschrieben werden. Entsprechend dominieren in den beiden getrennten Bereichen auch unterschiedliche Werte und werden unterschiedliche Eigenschaften gefragt: Durchsetzungsvermögen, Härte, Leistung, Erfolg auf der einen, der Seite des Mannes, Anpassungs- und Kompromissbereitschaft, Wärme, Einfühlungsvermögen, Intuition auf der anderen, der Seite der Frau. Diese Aufteilung bringt es mit sich, dass die jeweiligen Eigenschaften und Verhaltensweisen oberflächlich in traditionell "männliche" und traditionell "weibliche" eingeteilt werden, ohne zu berücksichtigen, dass sie nicht schlechthin auf die Gruppe der Männer, bzw. der Frauen verteilt sind, sondern sehr individuell durch die einzelnen Persönlichkeit verkörpert werden. Unterschiedliche Fähigkeiten, Eignungen und Neigungen sind innerhalb eines Geschlechts genau so verteilt wie zwischen den Geschlechtern.

L'égalité des droits entre femmes et hommes - idées directrices

I. Remarques préliminaires

Depuis la votation populaire du 14 juin 1981 l'égalité des droits entre hommes et femmes est reconnue par la Constitution fédérale. La Commission fédérale pour les questions féminines s'est donné pour tâche de poser des principes clairement définis destinés à servir de guide pour la réalisation de l'égalité effective des droits entre femmes et hommes. Elle est partie de l'idée qu'égalité des droits ne signifie pas égalitarisme, mais association, l'homme et la femme respectant chacun l'échelle des valeurs et le mode de comportement de l'autre.

Selon le schéma traditionnel, tout ce qui concerne la société en général (politique, économie, science et culture) est considéré comme étant du ressort des hommes; les tâches domestiques (ménage et éducation des enfants) sont attribuées aux femmes. Les deux domaines sont régis par des valeurs différentes et exigent des qualités différentes: d'un côté, la capacité de s'imposer, le goût de la performance, la recherche du succès; de l'autre, la capacité de s'adapter, le sens de la conciliation, la chaleur, l'intuition. On a donc tendance à classer qualités et comportements: ceux que l'on considère comme "masculins" et ceux que l'on dit "féminins". Mais cette distinction ne tient pas compte du fait que ni le groupe des hommes ni celui des femmes ne sont homogènes du point de vue des qualités et de comportements. On trouverait des différences tout aussi grandes chez les individus du même sexe qu'entre les hommes et les femmes. La division traditionnelle des rôles entre les sexes a pour conséquence que chaque individu ne se sent vraiment à l'aise que dans le domaine qui lui est réservé et que les possibilités d'épanouissement

Zur optimalen persönlichen Entfaltung lassen daher diese bisherigen Rollen für Mann und Frau zu wenig Raum, erlauben das "richtige" Heimisch-Sein nur in einem Bereich. Frauen muss jedoch ihre Aufgabe und Verantwortung in Beruf und Politik ebenso selbstverständlich werden wie den Männern ihr Platz und ihre aktive Funktion im Rahmen der Familie.

Gleichberechtigung wie sie hier formuliert wird, ist getragen von der Vorstellung einer integrierten Familie im öffentlichen wie im privaten Bereich. Mann und Frau teilen sich in alle Rollen einer Gesellschaft und zwar nach Massgabe der individuellen Persönlichkeit, Eignung und Neigung.

Gleichberechtigung heisst deshalb nicht nur formale Gleichstellung der Geschlechter, sondern bedeutet gegenseitige Oeffnung der bisherigen Frauen- bzw. Männerwelt für das andere. Dies kommt nicht nur diesen Bereichen und damit der Gesellschaft als Gesamtes, sondern vor allem auch jedem Einzelnen zugute. Eine Gesellschaft, in welcher sich jede Frau und jeder Mann entsprechend der persönlichen Neigung und Eignung den Weg bahnen kann, dies ist unser Ziel.

II. Grundsätze

1. Prinzip

Frauen und Männer können sich als Personen so entwickeln und ihr Leben so gestalten, wie es ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht

Dies bedeutet: Jeder Mensch ist weitgehend frei darin, sich selbst zu verwirklichen. Im Recht existieren keine geschlechtsspezifischen Rollennormen mehr, die das Verhalten bestimmen oder doch zumindest kanalisieren. Dennoch gibt es selbstverständlich weiterhin soziale Rollen.

Niemand jedoch ist auf eine einzige Rolle beschränkt. Beliebige Rollenkombination ist möglich; jede bietet Frauen und Männern die Möglichkeit, sich als selbst verantwortliche Menschen zum eigenen Wohl und zum Wohl der Gemeinschaft zu verwirklichen.

s'en trouvent limitées. De même que les femmes devraient tout naturellement avoir accès à la vie professionnelle et à l'action politique, de même les hommes devraient pouvoir prendre une plus large place dans la famille et s'occuper plus concrètement de leurs enfants.

Dans une société ayant réalisé l'égalité des droits, l'homme et la femme se partageraient tous les rôles sociaux et familiaux, compte tenu de leur personnalité, de leurs compétences et de leurs désirs.

L'égalité des droits n'est donc pas uniquement une égalité formelle des sexes, mais une ouverture réciproque du monde des hommes et de celui des femmes. Cette ouverture devrait être bénéfique non seulement à chacun de ces deux mondes, mais à la société dans son ensemble et à chaque individu. Une société permettant à chaque femme et à chaque homme de choisir son destin conformément à ses goûts et aptitudes, tel est notre objectif.

II. Règles générales

1. Principe

Femmes et hommes peuvent développer leur personnalité et aménager leur existence conformément à leurs goûts et à leurs aptitudes

Cela signifie que tout être humain a la possibilité, du moins dans une large mesure, de se réaliser librement. Le droit ne contient plus de normes assignant un rôle spécifique à chaque sexe et n'a donc plus à prescrire quel doit être le comportement de l'homme ou de la femme.

S'il va de soi que les tâches socialement nécessaires doivent continuer à être exécutées, personne n'est plus limité à un seul rôle. Les rôles peuvent être librement combinés de façon à permettre aux femmes et aux hommes de se réaliser en tant qu'êtres humains responsables, oeuvrant ainsi pour leur propre bien et pour celui de la communauté.

2. Ausführungen des Prinzips

21 Allgemeines

Frau und Mann sind als Bürger gleichgestellt. In der Gesellschaft und in der Wirtschaft werden sie nur soweit unterschiedlich behandelt, wie dies im Zusammenhang mit der Mutterschaft im eigentlichen Sinn (Schwangerschaft, Niederkunft, Stillen) notwendig ist.

22 Erziehung und Bildung

Mädchen und Knaben werden in der Familie gleich erzogen und in der Schule gleich ausgebildet. Eltern und Lehrer sehen im Kind den Menschen, nicht die zukünftige Mutter, bzw. den zukünftigen Versorger. Mädchen und Knaben haben die gleichen Anregungen, den gleichen Umgang und die gleichen Stundenpläne. Die Ausbildung der Mädchen wie der Knaben folgt der Einsicht, dass beiden später sowohl eine befriedigende Berufstätigkeit als auch eine sinnvolle Erziehung der Kinder und das Besorgen des Haushalts möglich sein soll. Die Massenmedien unternehmen alles, um zu einer in diesem Sinne harmonischen Entwicklung der Personen beizutragen.

23 Arbeit und Beruf

Alle Berufe stehen bei Neigung und Eignung Frauen und Männern offen. Für gleichwertige Arbeit verdienen Mann und Frau den gleichen Lohn. Dass eine Person den Beruf einmal ganz oder teilweise zugunsten der Familie - d.h. der Kinder oder pflegebedürftiger Erwachsener - aufgeben will, ist weder ein Hindernis für ihre Anstellung noch für ihren beruflichen Aufstieg.

Durch geeignete Massnahmen wird die Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Pflichten für Männer und Frauen hergestellt und der Wiedereinstieg nach einem vorübergehenden Unterbruch der Erwerbstätigkeit ermöglicht.

Durch die statistische Erfassung und ökonomische Einstufung der nicht entlohnten, gemeinnützigen Arbeit wird diese als volkswirtschaftlicher Wert anerkannt.

2. Application du principe

21 Généralités

La femme et l'homme sont égaux en tout que citoyens. Dans la société et l'économie, ils ne sont traités différemment que dans la mesure requise par la maternité proprement dite (grossesse, accouchement, allaitement).

22 Education et instruction

Filles et garçons reçoivent la même éducation et la même instruction. Parents et enseignants considèrent l'enfant comme un être humain au plein sens du mot et non uniquement comme la mère qu'elle sera un jour ou comme le travailleur chargé de nourrir une famille qu'il deviendra peut-être. Les enfants des deux sexes bénéficient des mêmes stimulations, de la même qualité de relations et d'horaires de travail identique. Leur formation doit être conçue de telle manière que les uns et les autres soient plus tard en mesure aussi bien d'exercer une activité professionnelle satisfaisante que d'éduquer leurs enfants et de s'occuper du ménage. Les médias contribuent dans toute la mesure possible à ce développement harmonieux des personnes.

23 Travail et profession

Femmes et hommes ont accès à toutes les professions correspondant à leurs goûts et à leurs aptitudes. Ils reçoivent un salaire égal pour un travail égal. La mère ou le père qui renonce totalement ou partiellement à son activité professionnelle pour se consacrer à ses enfants en bas âge ou à d'autres personnes de sa famille, aura la possibilité de retrouver un emploi et de poursuivre sa carrière.

Des mesures sont prises pour permettre aux hommes et aux femmes de concilier leurs tâches familiales et leur activité professionnelle et pour favoriser, si nécessaire, leur réinsertion professionnelle.

La valeur économique du travail non rémunéré, accompli dans l'intérêt général, est reconnue. Cette forme de travail est prise en compte par les statistiques et fait l'objet d'une classification économique.

24 Zusammenleben

Mann und Frau sind in jeder Form des Zusammenlebens - unabhängig vom Zivilstand - gleichgestellt. In der Familie tragen Mann und Frau gemeinsam die ehelichen Lasten, ein jedes nach seinen Kräften. Die Erziehung der Kinder, die Hausarbeit und die Erwerbstätigkeit teilen die Gatten frei unter sich auf. Können sie sich nicht einigen, gilt als Regel, dass jedes zur Hälfte die Kinder betreut und einem Erwerb nachgeht. Die Arbeitgeber nehmen beim Festlegen der Arbeitszeiten Rücksicht auf die von Mann und Frau vorgenommene Rollenaufteilung. Damit eine allein haushaltführende Person neben ihren familiären Pflichten wenigstens einer Teilzeitarbeit nachgehen kann, sind familienergänzende Einrichtungen in genügender Zahl und guter Qualität vorhanden.

25 Öffentliches und kulturelles Leben

Die Betätigung in der Politik und anderen Formen des öffentlichen und kulturellen Lebens steht allen Personen offen. Es wird darauf geachtet, dass diese Möglichkeiten auch von Personen mit Betreuungspflichten wahrgenommen werden kann.

26 Soziale Sicherheit und Steuersystem

Frau und Mann sind ungeachtet ihres Zivilstandes eigenständige Subjekte im Steuer- und im Sozialversicherungsrecht.

Ihr Einkommen und Vermögen werden für sich besteuert; das Steuersystem begünstigt die partnerschaftliche Aufteilung der ehelichen Lasten.

Jede Person finanziert und bezieht ihre je eigene AHV-Rente. Für diejenigen, welche Betreuungsfunktionen ausüben und deshalb ganz oder teilweise auf ein eigenes Erwerbseinkommen verzichten, gilt eine Sonderregelung in der AHV/IV. Diese Personen sind auch gegen Arbeitslosigkeit versichert; sobald sie wieder ausser Hauses arbeiten wollen, sind sie zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung berechtigt.

Die Kosten von Schwangerschaft und Niederkunft werden aus Solidaritätsbeiträgen der gesamten Bevölkerung bestritten.

24 Vie commune

L'homme et la femme sont égaux dans toutes les formes que peut prendre leur vie commune, indépendamment de leur état civil. Dans la famille, l'homme et la femme assument en commun les charges incombant au couple, chacun selon ses capacités. Ils se partagent librement les tâches liées à l'éducation des enfants et à la tenue du ménage, ainsi que la responsabilité de gagner la vie de la famille. S'ils ne peuvent se mettre d'accord, la règle est que chacun se consacre pour moitié à l'éducation des enfants et pour moitié à l'exercice d'une activité lucrative. Les employeurs fixent les horaires de travail en tenant compte de la façon dont l'homme et la femme se sont réparti les tâches familiales et professionnelles. Des crèches et des garderies d'enfants en nombre suffisant et de bonne qualité donnent aux personnes qui assurent seules la tenue d'un ménage la possibilité d'exercer une activité professionnelle au moins à temps partiel.

25 Vie publique et culturelle

Tout le monde a la possibilité de participer activement à la vie politique et à d'autres formes de la vie sociale et culturelle. On veille à ce qu'il en soit de même pour les hommes et les femmes ayant des responsabilités familiales ou qui s'occupent de personnes âgées ou malades.

26 Sécurité sociale et régime fiscal

La femme et l'homme sont des sujets autonomes du droit fiscal et des assurances sociales, quel que soit leur état civil.

Leur revenu et leur fortune sont imposés séparément; le régime fiscal favorise le partage des tâches familiales.

Femmes et hommes financent et reçoivent leur rente AVS. Il existe une réglementation spéciale pour les personnes qui doivent s'occuper d'autres personnes et renoncent de ce fait entièrement ou partiellement à une activité rémunérée. Ces personnes sont également assurées contre le chômage et ont droit aux prestations de cette assurance dès qu'elles veulent reprendre une activité extérieure à leur foyer.

Les frais afférents à la grossesse et à l'accouchement sont couverts par des

Personen mit Betreuungspflichten sind, ob erwerbstätig oder nicht, obligatorisch für Unfälle sowie Krankenpflege und Krankengeld versichert. Die Versicherungsprämien für Frau und Mann sind gleich.

contributions de solidarité de l'ensemble de la population.

Les personnes qui doivent s'occuper d'autres personnes, qu'elles exercent ou non une activité lucrative, sont obligatoirement assurées contre l'accident et la maladie. Les cotisations des femmes et des hommes sont égales.

Eguaglianza tra uomo e donna - un modello

I. Premesse

Con la votazione federale del 14 giugno 1981 venne ancorato nella Costituzione il principio dell'eguaglianza tra uomo e donna. La Commissione federale per i problemi della donna si è posta il compito di abbozzare un modello che, definendo chiaramente gli obiettivi, faciliti il cammino ulteriore verso l'effettiva eguaglianza tra donna e uomo. Determinante, in questo caso, è stata l'idea che eguaglianza non significa costringere tutti allo stesso modo di vita, bensì collaborazione a pari livello tra uomo e donna, in un ambito dove ambedue possano offrire il loro contributo specifico di valori e comportamenti.

Tutte le attività extradomestiche, la politica, l'economia, la scienza e la cultura sono ritenute appannaggio degli uomini, mentre i compiti familiari, la gestione della casa, l'allevamento e l'educazione dei figli sono prerogativa delle donne. Analogamente, in questi due settori distinti si ritrovano valori diversi e sono richieste qualità diverse: perseveranza, inflessibilità, efficienza, successo dal lato maschile, capacità di adattamento, volontà di compromesso, calore umano, sensibilità, intuizione dal lato femminile. Questa suddivisione ha per conseguenza che le doti e i comportamenti personali vengono superficialmente ripartiti in tradizionalmente "maschili" e tradizionalmente "femminili", senza tener conto del fatto che non sono per niente riservati esclusivamente al gruppo degli uomini o rispettivamente delle donne, ma che possono essere una caratteristica individuale delle singole personalità. Fra le persone di un determinato sesso si trovano insomma altrettanto differenze di capacità e attitudini quante ve ne sono tra i due sessi.

Per lo sviluppo integrale della personalità, i ruoli maschile e femminile, come sono stati vissuti finora, offrono ben poco spazio; essi non consentono che in un unico campo. Ma per le donne i compiti e le responsabilità professionali e politiche dovranno diventare altrettanto ovvie che una funzione attiva in seno alla famiglia per gli uomini.

L'eguaglianza, come viene formulata qui, poggia sull'idea della famiglia integrata nella vita pubblica e privata. L'uomo e la donna si dividono tutti i ruoli sociali secondo la personalità, le attitudini e le capacità individuali.

Eguaglianza non significa dunque solo parità formale tra i sessi, ma indica anche un'apertura reciproca dei mondi femminile e maschile a tutto vantaggio delle due parti in causa, della società nel suo insieme e di ciascun individuo. Una società nella quale ogni donna e ogni uomo può trovare la sua strada secondo le proprie capacità e attitudini - ecco il nostro obiettivo.

II. Fondamenti

1. Il principio

Le donne e gli uomini possono crescere, maturare e impostare la loro vita nel modo più confacente alle loro capacità e attitudini.

Questo significa che ogni persona può realizzarsi liberamente. Nel diritto non c'è più nessuna norma che si riferisca ai ruoli sessuali e che determini o, perlomeno, canalizzi il comportamento individuale. Rimangono ovviamente le norme che regolano la convivenza sociale.

Nessuno deve sentirsi limitato a un'unico ruolo. I ruoli possono essere combinati a piacere in modo da offrire alle donne e agli uomini di realizzarsi come persone responsabili, per il proprio bene e per quello della comunità.

2. La concretizzazione del principio

21 Generalità

Nella loro veste di cittadini, la donna e l'uomo godono di pari diritti. In seno alla società e al sistema economico essi vengono trattati in modo differenziato solo per quanto riguarda la maternità nel senso più stretto (gravidanza, parto, allattamento).

22 Educazione e formazione

Ragazze e ragazzi vengono educati allo stesso modo in famiglia e beneficiano della stessa formazione scolastica. Genitori e insegnanti vedono nei giovani di ambo i sessi la persona integrale e non la futura madre o il futuro capofamiglia. Ragazze e ragazzi beneficiano degli stessi stimoli, dello stesso trattamento, degli stessi contenuti formativi e orari scolastici. La formazione delle ragazze e dei ragazzi avviene in modo da consentire loro, una volta cresciuti, sia di esercitare un'attività professionale soddisfacente che di fare l'esperienza educativa e di gestire la casa.

I mezzi di comunicazione si impegnano a fondo per contribuire allo sviluppo armonioso della persona, nel senso qui definito.

23 Lavoro e professione

Tutte le opzioni professionali sono aperte alle donne e agli uomini dotati delle necessarie attitudini e capacità. Uomini e donne percepiscono lo stesso salario per un lavoro di pari valore. L'abbandono parziale o totale della professione a favore della famiglia - in particolare per dedicarsi ai bambini o agli adulti bisognosi di cure - non costituisce un impedimento né all'assunzione né alla promozione.

Con mezzi idonei si rendono compatibili i doveri familiari e professionali, per gli uomini e le donne, e si agevola la reintegrazione delle persone che hanno temporaneamente abbandonato la professione.

Il rilevamento statistico e la valutazione economica del lavoro di utilità pubblica non retribuito contribuiscono al riconoscimento del vero valore economico che esso rappresenta.

24 Convivenza

Indipendentemente dallo stato civile, l'uomo e la donna godono della parità di diritti in qualsiasi forma di convivenza. Nella famiglia, essi si sobbarcano insieme gli oneri coniugali, ciascuno secondo le proprie forze, suddividendosi liberamente l'educazione dei figli, il lavoro domestico e l'attività professionale. Qualora non trovassero un accordo, vale la regola che ciascuno si occupa a metà dei figli e a metà di guadagnarsi il pane. I datori di lavoro, fissando gli orari di presenza, tengono conto della ripartizione dei compiti stabilita dalla coppia. Affinché la persona che manda avanti da sola la casa possa esercitare, almeno a metà tempo, un'attività professionale accanto agli impegni familiari, sono a disposizione sufficienti istituzioni di assistenza qualificate.

25 Vita pubblica e culturale

Tutte le persone sono libere di impegnarsi nella politica e negli altri settori della vita pubblica e culturale. Si bada che anche le persone con doveri assistenziali possano esservi coinvolte.

26 Sicurezza sociale e fiscalità

Indipendentemente dallo stato civile, nel diritto fiscale e nel diritto assicurativo, la donna e l'uomo sono considerati soggetti autonomi.

Il loro reddito e la loro sostanza vengono imposti separatamente. Il sistema fiscale favorisce l'equa ripartizione degli oneri coniugali.

Ciascuna persona finanzia e percepisce la propria rendita AVS. Per coloro che hanno assunto funzioni assistenziale e debbono, di conseguenza, rinunciare del tutto o in parte al proprio reddito lavorativo, vige una regolamentazione speciale nell'AVS/AI. Queste persone sono pure assicurate contro la disoccupazione; al momento in cui decidono di lavorare nuovamente fuori casa hanno diritto all'indennità di disoccupazione.

I costi derivanti dalla gravidanza e dal parto sono finanziati per mezzo di contributi di solidarietà versati da tutta la popolazione.

Che conseguano un reddito o no, le persone con doveri assistenziali sono obbligatoriamente assicurate contro gli incidenti, per le cure mediche e per l'indenizzo in caso di malattia. I premi assicurativi sono uguali per le donne e gli uomini.

Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1981

1981 war für die Frauen und Männer in der Schweiz - und damit auch für die Eidg. Kommission für Frauenfragen - ein wichtiges Jahr. 10 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts in eidgenössischen Angelegenheiten sprach sich der Souverän deutlich für die Verankerung der gleichen Rechte für Mann und Frau in der Verfassung aus. Der Verfassungszusatz geht auf eine Volksinitiative zurück, die als Resolution des 4. Schweizerischen Frauenkongresses in Bern vor 6 Jahren geboren wurde, als Schwester quasi zur Resolution, aufgrund welcher 1976 die Eidg. Kommission für Frauenfragen als beratendes Organ des Bundesrates eingesetzt wurde. Der Grundgedanke der Volksinitiative ist nun realisiert - ist damit auch die Eidg. Kommission für Frauenfragen überflüssig geworden? - Sicher nicht. Galt es bisher, auf Frauenfragen aufmerksam zu machen und die Notwendigkeit von Änderungen darzulegen, geht es nun seit dem 14. Juni 1981 darum, den Begriff der Gleichberechtigung mit konkreten Inhalten zu füllen und darauf zu achten, dass aus Worten Taten werden - es gilt auch, zu betonen, dass in Zukunft Fragen der Gleichberechtigung nicht nur mehr Frauenfragen, sondern eben auch Männerfragen sein können... und dies könnten die Aufgaben sein, die sich der Kommission von jetzt an stellen und denen sie sich stellen muss.

1. Sitzungen

11 Plenarsitzungen

Die nach Ablauf der ersten Amtsperiode mit z.T. neuen Mitgliedern ergänzte und erweiterte Kommission traf sich im Jahr 1981 an insgesamt 6 Sitzungstagen (29.1., 9./10.4., 25.6., 24.9., 26.11.). Den meisten Raum nahmen dabei

L'activité en 1981 de la Commission fédérale pour les questions féminines

1981 demeurera une année importante pour les femmes et les hommes en Suisse et, partant, pour la Commission fédérale pour les questions féminines. 10 ans après l'introduction du droit de vote des femmes sur le plan fédéral, le souverain a adopté à une nette majorité l'article constitutionnel sur l'égalité des droits entre hommes et femmes proposé grâce à l'initiative populaire dont le lancement avait été décidé par le 4e Congrès féminin suisse, en 1975, à Berne. C'est d'ailleurs à une autre résolution de ce congrès que remonte la constitution, en 1976, de la Commission fédérale pour les questions féminines. L'idée de base de l'initiative populaire étant réalisée, la Commission fédérale pour les questions féminines est-elle devenue superflue? Certainement pas. Alors qu'il s'agissait jusqu'ici d'attirer l'attention sur les problèmes de la femme et d'exposer la nécessité de modifier la situation actuelle, il s'agit depuis le 14 juin 1981 de donner un contenu concret à la notion d'égalité des droits et de veiller à ce que les paroles soient suivies d'actes, de faire comprendre aussi qu'à l'avenir l'égalité des droits ne pourra plus concerner que les femmes, mais que les problèmes qu'elle pose pourront aussi être des questions masculines... Voilà qu'elles pourraient être les tâches qui s'offrent dès maintenant à la commission et auxquelles elle ne saurait se dérober.

1. Séances

11 Séances plénières

La commission, complétée et élargie après la première période administrative, s'est réunie cinq fois (29.1., 9./10.4., 25.6., 24.9., 26.11.), notamment et principalement pour préparer la deuxième partie du rapport sur la situation de la femme

die Beratungen und Verabschiedung von Teil II des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz ein. Daneben äusserte sie sich zur Anlage des Vernehmlassungsverfahrens über den Bericht Weitzel zu "La participation de la femme à la défense générale"; zum Vorentwurf der Expertenkommission für die Revision des Strafgesetzbuches; einigte sich über die Weiterführung der Arbeit an der Realisierung der Gleichstellung der Geschlechter im Bereich des Bundesrechts; beschloss, sich an der im Nachgang zur Abstimmung vom 14. Juni durchgeführte VOX-Analyse zu beteiligen; arbeitete in Beantwortung eines Postulates von Nationalrätin Deneys einen Bericht über die Misshandlung von Frauen in der Schweiz aus und unterbreitete - zur Umsetzung auf schweizerische Verhältnisse - die im nationalen Teil des von der UNO-Weltfrauenkonferenz verabschiedeten Weltaktionsplanes aufgelisteten Empfehlungen verschiedenen schweizerischen Experten. Für die Weiterarbeit an der Motion "Gleiche Rechte für Mann und Frau" sowie in verschiedenen Gremien, in welchen die Eidg. Kommission für Frauenfragen vertreten ist, verabschiedete die Kommission in der letzten Sitzung des Jahres ein Leitbild zur Realisierung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

12 Verschiedenes

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Verfassungsanspruches auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit hat sich der Geschäftsausschuss zu einem Informationsgespräch mit Vertreterinnen namhafter schweizerischer Grossbetriebe getroffen. Ausserdem wirkten Vertreterinnen der Kommission in den folgenden Gremien mit: Sonderausschuss für die 10. AHV-Revision, Arbeitsgruppe für Familienpolitik, Arbeitsgruppe Gesamtverteidigung.

2. Mitteilungsblatt "F-Frauenfragen", Dokumentationsstelle, Publikationen



en Suisse. Elle s'est aussi exprimé sur la conception de la procédure de consultation relative au rapport Weitzel concernant la participation de la femme à la défense générale et sur l'avant-projet de la commission d'experts pour la révision du code pénal. En outre, elle s'est mise d'accord sur la poursuite du travail ayant trait à la réalisation de l'égalité dans le droit fédéral. Elle a aussi décidé de s'associer à l'analyse VOX des résultats de la votation populaire du 14 juin, élaboré le rapport sur le problème des femmes maltraitées soulevé par un postulat de Mme Deneys, conseiller national, et soumis à des experts suisses les recommandations contenues dans la partie nationale du plan d'action mondial adopté par la conférence de l'ONU sur la femme. En ce qui concerne les travaux ultérieurs en liaison avec la motion pour l'égalité des droits et sa contribution à ceux des organismes dans lesquels la Commission fédérale pour les questions féminines est représentée, la commission a adopté dans sa dernière séance de l'année une conception de base pour la réalisation de l'égalité des droits entre hommes et femmes.

12 Divers

S'agissant de la réalisation du droit constitutionnel à un salaire égal pour un travail de valeur égale, le bureau de la commission a eu un échange de vues avec des représentantes de quelques grandes entreprises suisses. En outre, des déléguées de la commission ont siégé dans les organismes suivants: commission spéciale pour la 10e révision de l'AVS, groupe de travail pour la politique familiale, groupe de travail pour la défense générale.

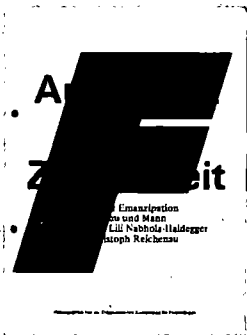
2. Bulletin d'information "F-Questions au féminin", service de documentation, publications

21 F-Questions au féminin

Le bulletin F-Questions au féminin n'a paru que deux fois malgré la grande activité de la commission. La nécessité de modifications techniques (épuisement du stock de papier écologique) a conduit la commission à envisager une nouvelle conception du bulletin. Les numéros 1/81 et 2/81 contenaient comme à l'accoutumée des prises de position de la commission (notamment celle concernant le

21 F-Frauenfragen

Trotz reger Tätigkeit der Kommission erschien 1981 das Bulletin F-Frauenfragen bloss zwei Mal. Technische Umstellungen (Auslaufen des Vorrates an Umweltschutzpapier) wurden zum Anlass genommen, eine Neukonzeption des Organs ins Auge zu fassen. Die Nummern 1/81 und 2/81 enthielten wie üblich Stellungnahmen der Kommission - Vernehmlassung zum Revisionsentwurf zum BG vom 30.9.1943 über den unlauteren Wettbewerb (UWG), einen Bericht zum Verhalten von Konsumentinnen, einen Blick auf die Grundsätze der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf die Lage der Frauen, eine Darstellung der Situation in den Medien, sowie - neben der gewohnten Chronik und der Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung - einzelne Berichte aus Tagungen des Europarates zu frauenrelevanten Themen.



22 Lexikon

Nicht nur als Diskussionsbeitrag für den Abstimmungskampf vom 14. Juni, sondern als eigenständiges Werk, das weitergeführt werden soll, gab die Kommission im Frühjahr 1981 das Lexikon "Ausgelaut bis Zärtlichkeit - Fakten zur Emanzipation von Frau und Mann, gesammelt von Lili Nabholz-Haidegger und Christoph Reichenau" heraus. Von diesem Lexikon wurden bis Jahresende an die 4'000 Exemplare zum Preis von Fr. 6.50 verkauft, was der Bundesverwaltung einen Reingewinn von über Fr. 5'500.- einbrachte.

23 Dokumentationsstelle

Die Dokumentationsstelle für Frauenfragen begann anfangs Jahr mit der monatlichen Zusammenstellung einer Pressemappe, die vorerst bloss an die Kommissionsmitglieder, heute aber auch an einzelne weitere Interessierte verteilt wird. Am 1. April hat Käthi Belser Elisabeth Guyot-Noth als Dokumentalistin abgelöst.

projet de révision de la loi fédérale du 30.9.43 sur la concurrence déloyale), un rapport sur le comportement des consommatrices, un exposé des principes de l'aide suisse au développement en ce qui concerne la situation des femmes, une étude sur la situation dans les médias, des comptes rendus sur des réunions du Conseil de l'Europe consacrées à des thèmes féminins, ainsi que la chronique habituelle et le résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale.

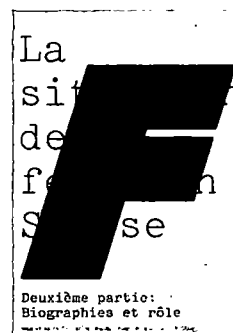
22 Lexique

La commission a publié au printemps un lexique intitulé "Ausgelaut bis Zärtlichkeit - Fakten zur Emanzipation von Frau und Mann, gesammelt von Lili Nabholz-Haidegger und Christoph Reichenau". Bien que destiné dans l'immédiat à la préparation de la votation populaire du 14 juin, cet ouvrage demeure actuel et sera complété petit à petit. A la fin de l'année, les 4'000 exemplaires vendus au prix de fr. 6.50 avaient rapporté à l'administration fédérale un bénéfice net de plus de 5'500 francs.

23 Service de documentation

Le service de documentation a commencé au début de l'année à adresser aux membres de la commission une revue mensuelle de la presse. Le cercle des destinataires s'est cependant élargi. Käthi Belser a succédé le 1er avril comme documentaliste à Elisabeth Guyot-Noth, démissionnaire.

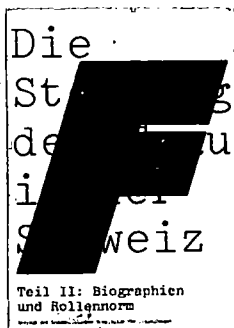
3. Rapports



31 La situation de la femme en Suisse

La deuxième partie du rapport sur la situation de la femme suisse, intitulée "Biographie et rôle", a pu être approuvée par la commission encore avant la fin de l'année. Elle est consacrée aux biographies standard de la population fé-

3. Berichte



31 Stellung der Frau in der Schweiz

Zwar verabschiedet, doch bei Jahresende noch nicht der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist Teil II des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz. Er trägt den Titel "Biographien und Rollennorm" und möchte ein Licht auf die "Standardbiographien" der weiblichen Bevölkerung als ledige, verheiratete, geschiedene, verwitwete, alleinstehende, alte Frauen und als Mütter werfen und gleichzeitig die Diskrepanz zur allgemein angenommenen "Rollennorm" der Frauen aufzeigen.

32 Postulat Deneys "Geschlagene Frauen"

Für das Bundesamt für Kultupflege arbeitete eine Arbeitsgruppe der Kommission einen Bericht über Problematik und Ausmass der Gewalt gegen Frauen in der Schweiz aus. Zwar existieren keine offiziellen und einigermaßen vergleichbaren Statistiken, doch selbst die wenigen sehr groben Untersuchungen in einzelnen Schweizer Städten zeigen ein erschreckendes Bild - und dies kann sogar nach Aussagen der Behörden und der Polizei allenfalls als Spitze des Eisberges betrachtet werden. Neben dem Versuch, Erklärungen für das Phänomen der Gewalt gegen Frauen zu geben, wird im Bericht dazu der Versuch unternommen, verschiedene Adressaten des öffentlichen Lebens (Bund, Kantone, Gemeinden) Hinweise zu geben, mit welchen oft nebensächlich scheinenden Mitteln und Massnahmen die Gewalt gegen Frauen - strukturell und individuell - bewusst gemacht und bekämpft werden kann.

minine (femmes célibataires, mariées, divorcées, veuves, vivant seules, âgées, mères de famille) et à ce qui les distingue des normes sociales généralement appliquées aux femmes.

32 Le postulat Deneys concernant les femmes battues

Un groupe de travail de la commission a élaboré un rapport sur la problématique et l'étendue de la violence contre les femmes en Suisse. Il n'existe pas de statistiques officielles et tant soit peu comparables, certes, mais les rares et très sommaires enquêtes faites dans quelques villes suisses suffisent à faire apparaître une réalité effrayante, qui n'est cependant que le sommet de l'iceberg, de l'avis même des autorités et de la police.

Le rapport tente d'expliquer le phénomène de la violence contre les femmes. Il indique aussi aux autorités et aux institutions concernées quelques moyens tout simples permettant de sensibiliser les gens à la violence contre les femmes et à la combattre tant sur le plan structurel qu'individuel.

4. Prises de position

41 Rapport Weitzel sur la participation de la femme à la défense générale

A la demande de l'Office central de la défense, la commission a donné son avis sur la conception de la procédure de consultation concernant le rapport de Mme A. Weitzel. La commission, consciente de la grande importance politique de la question de l'intégration des femmes dans la défense générale, a proposé d'inclure ce rapport (dont la publication n'était initialement pas prévue) dans un rapport ultérieur d'un groupe de travail sur le service communautaire des femmes. En outre, la commission a insisté sur la nécessité d'examiner également, en plus de la question de l'aide en cas de guerre et de catastrophe, celles qui ont trait à la prévention des guerres et des catastrophes et à la sauvegarde de la paix.

Au reste, la commission a recommandé d'élargir sensiblement le cercle des organismes à consulter et de leur soumettre avec le rapport quelques questions précises sur la défense générale et la contribution de la femme et de l'homme.

4. Stellungnahmen

41 Bericht Weitzel "La participation de la femme à la défense générale"
 Von der Zentralstelle für Gesamtverteidigung dazu eingeladen, äusserte sich die Kommission zur Anlage des Vernehmlassungsverfahrens über den obgenannten Bericht von Frau A. Weitzel. Im Bewusstsein um die staatspolitisch hohe Bedeutung der Frage nach dem Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung schlug die Kommission vor, den Bericht - der ja ursprünglich keineswegs für eine allgemeine Publikation vorgesehen gewesen war - als einen von verschiedenen Aspekten in einen durch eine Arbeitsgruppe noch zu erstellenden Bericht über den Einbezug der Frauen in den "Dienst an der Gemeinschaft" zu integrieren. Ausserdem regte die Kommission sehr eindringlich an, neben der Frage der Hilfe im Katastrophen- und Kriegsfall auch die Fragen nach der Verhinderung von Krieg und Katastrophe, bzw. der Sicherung des Friedens zu erörtern.

Im übrigen empfahl die Kommission, die Liste der zu begrüssenden Stellen wesentlich zu erweitern und diesen mit einem neuen Bericht auch einige wenige, aber eindeutig beantwortbare Fragen zur Gesamtverteidigung und zum Beitrag von Frau und Mann zu stellen.

42 Revision Strafgesetzbuch

Im Grossen und Ganzen mit der Richtung und den Grundüberlegungen der Expertenkommission für die Revision des Strafgesetzbuches einverstanden, wies die Kommission darauf hin, dass auch heute noch nicht davon ausgegangen werden darf, dass sich Mann und Frau als physisch, psychisch und im sozialen Verständnis gleich starke Partner, bzw. gegebenenfalls Gegner, gegenüberstehen. Gerade im Sexualstrafrecht sollte dieser Tatsache noch Rechnung getragen werden.

Im einzelnen setzte sich die Kommission für eine konsequentere Durchziehung des Prinzips des freien Willens zur Sexualität ein und brachte Bemerkungen zu den Tatbeständen der Vergewaltigung, der Nötigung zu einer anderen geschlechtlichen Handlung und zur Belästigung an; äusserte sich zu den Begriffen "Notlage", "Prostitution" und Pornographie" sowie zur Problematik des Strafantrages, wenn er gegen den eigenen Ehemann gestellt werden muss, und zu

42 Révision du code pénal

La commission approuve en gros l'orientation et les idées fondamentales de la Commission d'experts pour la révision du code pénal. Elle a cependant insisté sur le fait que l'homme et la femme sont encore des partenaires ou des adversaires inégaux, tant sur le plan physique et psychique que dans l'optique de la société actuelle et des rôles qu'elle leur attribue. Il faudrait en tenir compte précisément dans les dispositions pénales relatives à la sexualité.

La commission s'est prononcée pour une application plus rigoureuse du principe de la liberté sexuelle et a fait des observations sur le viol, la contrainte et les sollicitations déshonnêtes, sur les notions de détresse, prostitution et pornographie, ainsi que sur la problématique de la plainte déposée contre le mari et sur la possibilité pour le séducteur de se soustraire à la justice en épousant sa victime. La commission souhaite notamment que les procès pour viol ne se retournent plus contre les victimes, qui doivent en fait prouver leur innocence.

La commission s'est aussi prononcée en faveur de la majorité sexuelle à 15 ans. En ce qui concerne les infractions contre la vie et l'intégrité corporelle, elle a fait des propositions destinées à mieux protéger les épouses et autres compagnes contre les voies de fait et les lésions corporelles simples.

5. Autres travaux

51 La motion pour l'égalité des droits entre hommes et femmes
 En approuvant le contre-projet du Conseil fédéral à l'initiative populaire pour l'égalité des droits entre hommes et femmes, le Parlement avait aussi adopté une motion chargeant le Conseil fédéral de dresser une liste des règles du droit fédéral qui traitent inégalement l'homme et la femme et d'élaborer un programme législatif aux fins d'appliquer le principe d'égalité. Selon entente avec le Département fédéral de justice et police, la Commission pour les questions féminines, dont la collaboration est expressément demandée par la motion, a chargé un juriste de compléter et de

der Möglichkeit, einen Täter durch nachfolgende Ehe mit dem Opfer der Strafuntersuchung zu entziehen. Insbesondere möchte die Kommission, dass es in Zukunft nicht mehr möglich ist, das Verfahren gegen einen Vergewaltiger zu einem solchen gegen das Opfer werden zu lassen, welches praktisch seine Schuldlosigkeit beweisen muss.

Die Kommission entschied sich im weiteren für die Herabsetzung des Schutzalters auf 15 Jahre. Bei den strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben schlug sie Formulierungen vor, durch welche Ehefrauen und Lebensgefährtinnen besser vor Tötlichkeiten und einfacher Körperverletzung durch den Partner geschützt werden können.

5. Uebrige Arbeiten

51 Motion "Gleiche Rechte für Mann und Frau"

Bei der Verabschiedung des bundesrätlichen Gegenvorschlags zur Volksinitiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" war von den Räten eine Motion überwiesen worden, die den Bundesrat beauftragt, einen Katalog ungleich behandelnder Rechtsnormen im Bundesrecht aufzunehmen und ein Rechtsetzungsprogramm zur Verwirklichung des Gleichberechtigungssatzes aufzustellen. In Absprache mit dem Eidg. Justiz- und Polizeidepartement hat die in dieser Motion direkt angesprochene Kommission für Frauenfragen eine Juristin beauftragt, den in Teil III des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz erarbeiteten Katalog zu ergänzen und nachzuführen und darauf gründend, ein Rechtsetzungsprogramm zu konzipieren.

Nicht nur, aber auch in diesem Zusammenhang hat die Kommission versucht, sich in einer Diskussion ein kommissionsinternes Leitbild zur Gleichberechtigung von Frau und Mann zu erarbeiten und sich damit für die folgenden Arbeiten eine klare Richtung zu geben.

52 UNO-Weltaktionsplan

In der festen Absicht, den nationalen Teil des in Kopenhagen verabschiedeten Weltaktionsplanes 1981-1985 für die Schweiz umzusetzen, hat die Kommission die einzelnen Abschnitte des Programms verschiedenen Experten in der Schweiz zu-

tenir à jour la liste publiée dans la troisième partie du rapport sur la situation de la femme en Suisse et d'élaborer un programme législatif sur la base de cette liste.

Dans ce contexte, mais aussi pour donner une orientation bien définie à ses propres travaux, la commission a élaboré un document à usage interne sur les lignes directrices de l'action en faveur de la réalisation du principe de l'égalité des droits entre hommes et femmes.

52 Plan d'action mondial de l'ONU

Fermement décidée à traduire dans la réalité suisse la partie nationale du plan d'action mondial 1981-1985 adopté à Copenhague, la commission a soumis les divers chapitres du programme à des experts en les invitant à donner leur avis sur les possibilités et les délais de réalisation. Après quoi, elle élaborera des recommandations à l'intention des autorités et organismes compétents.

53 Analyse VOX

Comme ils en ont l'habitude lors des importantes votations fédérales, le Centre de recherches politiques suisses de l'Université de Berne et la Société suisse de recherches sociales pratiques ont fait une enquête sur le scrutin du 14 juin. La Commission fédérale pour les questions féminines put s'associer à cette enquête. Avec l'aide de l'Office fédéral de la statistique, elle élaborera un questionnaire qui, après un dépouillement standard par le Centre de recherches politiques suisses (publication No 15 de la Société suisse de recherches sociales pratiques et du Centre de recherches politiques suisses de l'Université de Berne), a été analysé de manière approfondie par l'Office fédéral de la statistique, qui s'est notamment intéressé aux divergences entre les sexes. En résumant sommairement les résultats de l'enquête (une étude avec des résultats détaillés a été intégrée dans la deuxième partie du rapport sur la situation de la femme en Suisse), on peut dire que les réponses ont été déterminées non seulement par le sexe, mais avant tout par les intérêts liés à la situation des personnes interrogées (ménagères, femmes actives célibataires, femmes actives mariées, mères de famille, etc.) et que, détail intéressant, les

gestellt mit der Bitte um Beurteilung nach sachlicher und zeitlicher Realisierungsmöglichkeit. Aufgrund dieser Stellungnahmen sollen anschliessend Empfehlungen zu Handen der kompetenden Behörden und Organe ausgearbeitet werden.

53 VOX-Analyse

Wie bei allen wichtigen eidgenössischen Abstimmungen führten das Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern und die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung auch am 14. Juni eine Befragung über Stimmverhalten und Ansichten zum Abstimmungsgegenstand durch. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen erhielt Gelegenheit, sich an dieser Umfrage zu beteiligen. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik erarbeitete sie einen Fragebogen, der nach der Standardauswertung durch das Forschungszentrum für schweizerische Politik (Publikation Nr. 15 der Schweiz. Gesellschaft für praktische Sozialforschung und des Forschungszentrums für Schweizerische Politik der Universität Bern) vom Bundesamt für Statistik im Detail und vor allem im Hinblick auf Unterschiede zwischen den Geschlechtern vertieft analysiert wurde. Ganz grob zusammengefasst (ein Bericht mit den Resultaten im Einzelnen wurde in Teil II des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz integriert) lässt sich sagen, dass nicht nur das Geschlecht, sondern vor allem die situationsbedingten Interessen der Befragten die Antworten bestimmt haben (Hausfrauen, ledige Erwerbstätige, verheiratete Erwerbstätige, Mütter usw.) und - interessantes Detail - dass sich in der untersten und obersten Bildungsschicht Männer deutlich konservativer als Frauen äussern.

54 Uebrig

Im Vorfeld der Abstimmung vom 14. Juni galt es häufiger als bis anhin, Auskünfte an Behörden und Private zur Stellung der Frau in der Schweiz zu geben, Unterlagen bereitzustellen, Hinweise und Ratschläge zu frauenrelevanten Themen und Problemen zu vermitteln. Zahlreich waren auch die Gelegenheiten, an welchen sich die Kommissionsmitglieder in Öffentlichkeit und Medien für einen guten Ausgang der Abstimmung einsetzten.

hommes des couches sociales plus basses et plus élevées sont nettement plus conservateurs que les femmes.

54 Divers

Tout au long de la campagne pour la votation du 14 juin, le secrétariat a eu plus que par le passé l'occasion de renseigner des autorités et des particuliers sur la situation de la femme en Suisse, de fournir de la documentation, de donner des indications et des conseils concernant des sujets et des problèmes intéressant les femmes. Quant aux membres de la commission, ils ont eu de fréquentes occasions de s'exprimer en public et dans les médias.

Programme pour 1982

1. Travaux commencés

La première priorité sera accordée au programme législatif destiné à réaliser l'égalité des droits, afin qu'il puisse être remis cette année encore à l'Office fédéral de la justice. La commission recommandera au Conseil fédéral de faire figurer ce programme dans les Grandes lignes de la politique gouvernementale pour la prochaine législature. Les résultats de l'enquête sur le plan d'action mondial de l'ONU pour 1981-1985 seront dépouillés et traduits en un programme suisse.

Le secrétariat poursuivra la publication de compléments au lexique "Fakten zur Emanzipation von Frau und Mann".

2. Nouveaux projets

Après avoir publié les trois premières parties du rapport sur la situation de la femme en Suisse, la commission va entreprendre la quatrième et dernière partie, qui sera consacrée principalement au rôle et à la fonction des organisations féminines et du mouvement de femmes en Suisse au cours des dernières années, à leur comportement, leurs objectifs, leur efficacité politique, etc.

Programm 1982

1. Begonnene Arbeiten

In erster Priorität soll 1982 die Arbeit am Rechtsetzungsprogramm zur Gewährleistung von gleichen Rechten für Mann und Frau im Bundesrecht zu Ende geführt und dem Bundesamt für Justiz zugestellt werden. Es soll alsdann versucht werden, dem Bundesrat dieses Programm zur Aufnahme in die Richtlinien zur Regierungstätigkeit in der nächsten Legislaturperiode zu empfehlen. Parallel dazu wird die Umfrage zum UNO-Weltaktionsplan 1981-1985 ausgewertet und in ein schweizerisches Programm umgesetzt.

Zur Information von Kommission und interessierter Öffentlichkeit werden weiterhin "Fakten zur Emanzipation von Frau und Mann" gesammelt und in losen Blättern publiziert.

2. Neue Projekte

Nach den ersten drei Teilen des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz ist die Kommission gehalten, ihr Versprechen einzulösen und noch den vierten Teil in Angriff zu nehmen. Thema soll vor allem die Rolle und Funktion der Frauenorganisationen und -bewegung in den letzten Jahren in der Schweiz sein, ihr Verhalten, ihre Ziele ihre politische Durchschlagskraft usw.

Was seit Jahren ein Wunsch der Kommission ist, soll nun erneut versucht werden - nämlich auf breiterer Basis das Beziehungsnetz zu allen Organisationen und Institutionen, die für die Frauenfrage in der Schweiz von Bedeutung sind, enger zu knüpfen und tragfähiger zu machen.

Als Dienstleistung für jede Frau ist vorgesehen, eine Informationsbroschüre über bestehende Frauenberatungsstellen, ihr Spezialgebiet, ihre Wirkungsweise und Erreichbarkeit zu publizieren.

Dies ist ein Aspekt im Bemühen der Kommission, eine "Schaltstelle" für Informationen und Auskünfte über das Geschehen im Bereich der Frauenpolitik zu werden, was durch die Dokumentationsstelle bereits heute in geringerem Umfang realisiert ist.

La commission va tenter une nouvelle fois d'élargir et de consolider le réseau de ses relations avec l'ensemble des organisations et institutions suisses qui revêtent une certaine importance du point de vue de la condition féminine.

En outre, elle publiera à l'intention des femmes en général une brochure d'information sur les services de consultation; cette brochure donnera des renseignements détaillés sur leurs activités. C'est là un aspect des efforts de la commission pour devenir un véritable centre d'information. Le service de documentation en est un autre.

3. Tâches courantes, permanentes, imprévues

La commission continuera à donner son avis sur les problèmes qui se présenteront à la commission spéciale pour la 10^e révision de l'AVS. Elle donnera à ses représentantes les directives nécessaires en ce qui concerne l'amélioration de la situation de la femme. En outre, elle poursuivra sa participation aux travaux des groupes de travail pour la politique familiale et la défense générale.

L'initiative populaire "pour une protection efficace de la maternité" ayant abouti (135'840 signatures), la commission devra se prononcer sur ses objectifs, dans la mesure où ils n'ont pas été examinés à l'occasion de la révision partielle de la loi sur l'assurance-maladie.

La commission élaborera aussi quelques propositions concernant l'esquisse d'un projet de programme national de recherche sur la période d'activité de la femme (fondé sur un postulat de Josi Meier).

Enfin, la commission s'exprimera comme à l'accoutumée sur des questions d'actualité et s'associera suivant les besoins à certaines travaux.

3. Laufendes, Ständiges und Unvorhergesehenes

Die Kommission, bzw. ihre Vertreterinnen in entsprechenden Gremien werden weiterhin zu den auftauchenden Problemen in der Arbeit des Sonderausschusses für die 10. AHV-Revision Stellung nehmen müssen. Es gilt nun, zu ihren Händen Richtlinien zum Ziel der 10. AHV-Revision - Besserstellung der Frauen - festzulegen. Ausserdem werden die Arbeiten in den Arbeitsgruppen "Familienpolitik" und "Gesamtverteidigung" fortgeführt.

Nachdem die Volksinitiative "Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft" mit 135'849 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist, wird sich die Kommission zu ihren Forderungen äussern, soweit sie nicht bereits im Rahmen der Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes behandelt worden sind.

Die Kommission wird im nächsten Jahr einige Fragestellungen für eine Projektstudie zu einem nationalen Forschungsprogramm über die Aktivitätsperiode der Frau (basierend auf einem Postulat von Josi Meier) entwerfen.

Last but not least wird die Kommission wie üblich zu aktuellen Geschäften Stellung nehmen und allenfalls sich an gewissen Arbeiten beteiligen.

L'attività della Commissione federale per i problemi della donna nel 1981

Per le donne e gli uomini in Svizzera, e dunque anche per la Commissione federale per i problemi della donna, il 1981 è stato un anno importante. A 10 anni dall'introduzione del suffragio femminile in materia federale, il sovrano, a chiara maggioranza, ha voluto inserire nella Costituzione il principio dell'eguaglianza dei diritti tra uomo e donna. L'articolo costituzionale è scaturito da un'iniziativa parlamentare che ha visto la luce sotto forma di risoluzione al 4^o Congresso delle donne tenutosi a Berna 6 anni fa, e dunque quasi contemporaneamente alla risoluzione con la quale nel 1976 venne costituita la Commissione federale per i problemi della donna come organismo consultivo del Consiglio federale. Ora che l'elemento cardinale dell'iniziativa fa parte della nostra realtà si è, con ciò, resa superflua la Commissione federale per i problemi della donna? Questo no di certo. Se finora il compito era di attirare l'attenzione sui problemi della donna, cercando nel contempo di rendere palese l'urgenza di cambiamenti, col 14 giugno 1981 l'accento si è spostato dal detto al fatto: d'ora innanzi occorre dare un contenuto concreto al concetto d'eguaglianza. In futuro bisognerà insistere sul fatto che i problemi relativi all'eguaglianza non sono più solo problemi squisitamente femminili, bensì problemi di tutti, donne e uomini. Tale è la natura dei compiti che la Commissione federale per i problemi della donna dovrà affrontare.

1. Sedute

11 Sedute plenarie

Allo scadere del primo periodo ci carica i membri uscenti sono stati sostituiti. Così ricomposta e allargata, nel 1981, la Commissione si è riunita per 6 giornate di lavoro (29.1., 9./10.4., 24.9., 26.11.).

Gran parte del tempo è stata dedicata a discutere e congedare la II parte del Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera. La Commissione si è inoltre espressa sull'impostazione della procedura di consultazione concernente il rapporto Weitzel su "La participation de la femme à la défense générale" e sull'avamprogetto della commissione peritale per la revisione del Codice penale; essa ha stabilito le modalità secondo le quali intende proseguire verso la realizzazione dell'eguaglianza tra uomo e donna nell'ambito del diritto federale; ha deciso di partecipare all'analisi VOX fatta in seguito alla votazione del 14 giugno; ha pure elaborato un rapporto sul maltrattamento delle donne in Svizzera quale risposta al postulato della consigliera nazionale Deneys; e infine ha sottoposto a diversi esperti svizzeri, affinché le adeguino alle nostre condizioni, le raccomandazioni elencate nella parte nazionale del Piano d'azione mondiale promulgato dalla Conferenza mondiale delle donne organizzata dall'ONU. Per poter continuare il lavoro relativo alla mozione "Parità di diritti tra uomo e donna" e alla collaborazione della Commissione nei vari gremi in cui è rappresentata, durante l'ultima seduta dell'anno essa ha licenziato un modello per la realizzazione dell'eguaglianza tra uomo e donna.

12 Varia

In previsione di realizzare il diritto costituzionale al salario uguale per un lavoro di pari valore, il comitato esecutivo si è riunito per una discussione orientativa con le rappresentanti di importanti grandi aziende svizzere. Membri della Commissione hanno inoltre collaborato nei seguenti gremi: Comitato speciale per la 10^a revisione dell'AVS, Gruppo di lavoro per la politica della famiglia, Gruppo di lavoro per la difesa globale.

2. Bollettino "F-Problemi al femminile", centro di documentazione, pubblicazioni

21 "F-Problemi al femminile"

Malgrado l'intenso lavoro della Commissione, nel 1981 il bollettino non è uscito che due volte. Cambiamenti tecnici (esaurimento della scorta di carta riciclata) vennero presi come spunto per concepire in modo diverso quest'organo informativo. Come di consueto, i numeri 1/81 e 2/81 portavano le risposte della Commissione alla consultazione concernente il progetto di revisione della Legge federale del 30.9.43 sulla concorrenza sleale, un rapporto sul comportamento delle consumatrici, una panoramica dei principi che reggono la cooperazione svizzera con i paesi emergenti, con particolare riferimento alla condizione delle donne, un'analisi della situazione nel campo dei mezzi di comunicazione e, accanto all'abituale cronaca dei fatti correnti e una panoramica dei dibattiti parlamentari, singoli resoconti dei seminari del Consiglio d'Europa su tematiche riguardanti le donne.

22 Lessico

Il lessico "Ausgelautgt bis Zärtlichkeit - Fakten zur Emanzipation von Frau und Mann, gesammelt von Lili Nabholz-Haidegger und Christoph Reichenau" (cioè: Da A a Z - fatti sull'emancipazione della donna e dell'uomo, raccolti da L. NH. e C.R.; disponibile solo in tedesco) venne pubblicato dalla Commissione nella primavera del 1981 non solo quale contributo al dibattito per la campagna prima della votazione del 14 giugno, bensì anche come testo a sé e lavoro da continuare. Per la fine dell'anno ne erano stati venduti 4'000 esemplari a fr. 6.50, con un utile netto per le casse federali di oltre fr. 5'500.-.

23 Centro di documentazione

Dall'inizio del 1981 il Centro di documentazione per i problemi della donna fornisce ogni mese dapprima solo ai membri della Commissione, in seguito anche a singoli ulteriori interessati - un incarto con le informazioni divulgate dai mezzi di comunicazione.

Dal 1° aprile Käthi Belser sostituisce Elisabeth Guyot-Noth nelle vesti di documentarista.

3. Rapporti

31 La condizione della donna in Svizzera
Benché la II parte del Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera fosse già stata congedata, per la fine dell'anno non la si era ancora potuta presentare al pubblico. Il testo è intitolato "Biographien und Rollennorm"/ "Biographies et rôles". Vi si analizzano le biografie standard della popolazione femminile nei ruoli di donne nubili, sposate, divorziate, vedove, sole, anziane e madri, cercando nel contempo di determinare la discrepanza che separa il ruolo vissuto dal ruolo normativo.

Una versione riassuntiva di "Biografie e ruoli normativi" è ottenibile gratuitamente anche in italiano presso l'Ufficio federale della cultura, Thunstrasse 20, 3006 Berna.

32 Postulato Deneys "Donne maltrattate"

Un gruppo di lavoro della Commissione ha elaborato, per l'Ufficio federale della cultura, un rapporto sulla problematica e le dimensioni della violenza contro le donne in Svizzera. Benché non vi siano statistiche ufficiali o comunque comparabili in qualche modo, le poche ricerche, alquanto approssimative, condotte in alcune città svizzere lasciano trasparire una situazione preoccupante. Stando alle dichiarazioni delle autorità e della polizia ciò non rappresenterebbe che la punta dell'iceberg.

Nel rapporto si tenta da un lato di spiegare il fenomeno della violenza contro le donne e dall'altro di indicare ai vari enti pubblici (confederazione, cantoni, comuni) i mezzi e i provvedimenti, a volte assai semplici, atti a sensibilizzare l'opinione pubblica e a combattere la violenza strutturale e individuale contro le donne.

4. Risposte alle consultazioni

41 Rapporto Weitzel "La participation de la femme à la défense générale"

Su invito dell'Ufficio centrale della difesa, la Commissione si è espressa sull'organizzazione della procedura di consultazione relativa al suddetto rapporto di Andrée Weitzel. Consciente dell'eminente importanza nazionale dell'

integrazione delle donne nella difesa globale del paese, la Commissione ha proposto di integrare il rapporto (che in origine non era affatto destinato alla divulgazione) in uno studio più vasto da affidare a un apposito gruppo di lavoro. La partecipazione alla difesa globale non avrebbe costituito così che uno dei tanti aspetti dell'integrazione delle donne nel "servizio alla comunità".

La Commissione ha inoltre suggerito esplicitamente che, accanto alla problematica dell'aiuto in caso di catastrofe e guerra, vengano studiate anche le questioni relative alla prevenzione della guerra e delle catastrofi e il modo di assicurare la pace.

La Commissione ha pure consigliato di allargare notevolmente la cerchia dei destinatari, ai quali, con un nuovo rapporto, si sarebbero dovute porre anche alcune domande che esigevano una chiara risposta sulla difesa globale e sul relativo contributo delle donne e degli uomini.

42 Revisione del Codice penale

La Commissione concorda in linea di massima con l'impostazione e le motivazioni espresse dalla Commissione peritale per la revisione del Codice penale, ma fa notare che anche oggi non si può presumere che donna e uomo si trovino di fronte come partner (o al limite avversari) di pari forze fisiche e psichiche, come non si può neppure presumere che l'atteggiamento della società sia lo stesso nei confronti di ambedue. In particolare il diritto penale nel campo dei reati contro il buoncostume dovrebbe ancora tenere conto di questa situazione.

La Commissione si è poi pronunciata a favore dell'applicazione più sistematica del principio della libera determinazione in materia sessuale e ha fatto osservazioni sulle fattispecie della violenza carnale, della coazione a altri atti sessuali e della molestia. Essa si è pure espressa sui concetti di "stato d'angustia", "prostituzione" e "pornografia", sulla problematica della querela presentata contro il proprio marito, e sulla possibilità di prescindere dal procedimento penale qualora l'autore contraesse il matrimonio con la vittima. La Commis-

sione auspica in particolare che d'ora innanzi non si possa più trasformare il procedimento contro lo stupratore in uno contro la vittima, costringendo in pratica quest'ultima a dimostrare la propria innocenza.

La Commissione ha pure optato per l'abbassamento dell'età protetta a 15 anni. Per gli atti punibili contro la vita e l'integrità della persona essa ha proposto formulazioni con le quali mogli e compagne potrebbero essere meglio protette da aggressioni e lesioni corporali semplici.

5. Ulteriori attività

51 Mozione "Parità di diritti tra uomo e donna"

Al momento di congedare il controprogetto del Consiglio federale all'iniziativa popolare "Parità di diritti tra uomo e donna", le Camere avevano trasmesso una mozione che incaricava il Consiglio federale di compilare un catalogo delle norme discriminanti del diritto federale e di stabilire un programma legislativo in vista di realizzare il principio della parità. D'intesa con il Dipartimento federale di giustizia e polizia, la Commissione, esplicitamente citata nella mozione, ha incaricato una giurista di completare e tenere aggiornato il catalogo già pubblicato nella III parte del Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera e di concepire, su queste premesse, un programma legislativo.

Alla Commissione questo è anche servito da spunto per discutere un modello d'eguaglianza tra uomo e donna a proprio uso, in modo da dare un indirizzo ben definito al suo lavoro.

52 Piano d'azione mondiale

Nel serio intento di concretizzare in Svizzera la parte nazionale nel Piano d'azione mondiale 1981-1985 congedato a Copenhagen, la Commissione ha sottoposto a vari esperti svizzeri singoli paragrafi del programma, pregandoli di valutarne le possibilità oggettive e temporali di realizzazione. In base alle risposte verranno poi elaborate le raccomandazioni destinate alle autorità e agli organi competenti.

53 Analisi VOX

Come per tutte le maggiori votazioni federali, anche il 14 giugno, il Centro di ricerche sulla politica svizzera dell'Università di Berna e la Società svizzera per le ricerche sociali pratiche hanno svolto un'indagine sul comportamento di voto e l'opinione sulla materia in causa. Alla Commissione venne offerta la possibilità di partecipare a questa inchiesta. In collaborazione con l'Ufficio federale di statistica essa ha elaborato un questionario che, dopo lo spoglio standardizzato effettuato dal Centro di ricerche sulla politica svizzera (Quaderno no. 15 della Società svizzera per le ricerche sociali pratiche e del Centro di ricerca sulla politica svizzera dell'Università di Berna), venne analizzato in modo più approfondito dall'Ufficio federale di statistica, in particolare per quanto riguardava le differenze tra i sessi. (Un resoconto con i risultati dettagliati è stato integrato nella II parte del Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera).

Si assumendo molto succintamente, si può dire che le risposte sono determinate non solo dal sesso al quale appartengono le persone intervistate, ma soprattutto dai loro interessi derivanti dalle specifiche condizioni di vita (casalinghe, nubili con attività professionale, donne sposate con attività professionale, madri di famiglia, ecc.) e - dettaglio interessante - che, ai livelli di formazione più alto e più basso, gli uomini si esprimono in modo nettamente più conservatore.

54 Varia

Durante la campagna per la votazione del 14 giugno si sono cumulate le richieste d'informazione da parte di autorità e privati riguardo alla situazione della donna in Svizzera, per cui si sono dovuti fornire documenti e trasmettere indicazioni e consigli su problemi e tematiche relative alle donne. In molte occasioni i membri della Commissione si sono rivolti al pubblico, direttamente o attraverso i mezzi di comunicazione, per contribuire al buon esito della votazione.

Programma per il 1982

1. Lavori in corso

Nel 1982 la priorità spetterà all'elaborazione del programma legislativo per garantire la parità di diritti tra uomo e donna nel diritto federale. Questo programma indicativo sarà poi trasmesso all'Ufficio federale di giustizia e passerà, in seguito al Consiglio federale con la richiesta di integrarlo negli indirizzi governativi per la prossima legislatura.

Parallelamente verranno spogliati i risultati dell'indagine riguardante il Piano d'azione mondiale 1981-1985 dell'ONU al fine di formulare il programma svizzero.

Per tenere informata la Commissione e il pubblico interessato si continueranno a raccogliere i "Fatti sull'emancipazione della donna e dell'uomo", pubblicandoli man mano su fogli sciolti.

2. Nuovi progetti

Dopo la pubblicazione delle prime tre parti del Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera, la Commissione intende mantenere la promessa e mettersi al lavoro per la quarta parte. Tema centrale sarà il ruolo e la funzione delle organizzazioni femminili e del movimento femminista in Svizzera negli ultimi anni, la loro tattica, i loro obiettivi, la loro forza politica, ecc.

La Commissione intende pure realizzare un progetto di vecchia data: tendere una fitta rete di rapporti con tutte le organizzazioni e le istituzioni che operano nel paese a favore della donna.

A favore tutte le donne si prevede di pubblicare un opuscolo informativo sui consultori, la loro area di specializzazione, il loro modo di operare, la facilità di accedervi, ecc.

Gli sforzi della Commissione per diventare una "borsa delle informazioni" su quanto avviene nell'ambito della politica femminista vanno insomma in varie direzioni, come essa aveva, d'altronde, già tentato di abbozzare istituendo il centro di documentazione.

3. Attività correnti, permanenti e impreviste

La Commissione, tramite le sue rappresentanti nei vari gremi, dovrà ulteriormente esprimersi sui problemi che si presentano durante i lavori del Comitato speciale per la 10a revisione dell'AVS. A questo punto occorre elaborare direttive sugli obiettivi della 10a revisione dell'AVS per migliorare la posizione delle donne. Proseguono inoltre i lavori dei gruppi "Politica della famiglia" e "Difesa globale".

Poiché l'iniziativa "Per una protezione efficace della maternità" ha raccolto 135'489 firme valide, la Commissione dovrà pronunciarsi sulle richieste formulate, perlomeno per le parti che non vennero già trattate in relazione con la revisione parziale della Legge sull'assicurazione in caso di malattia.

Nel corso del prossimo anno, la Commissione dovrà elaborare alcune tematiche per il progetto di un programma di ricerca nazionale sul periodo di attività della donna (sulla base di un postulato di Josi Meier).

E infine la Commissione dovrà esprimersi, come di consueto, sui fatti correnti e collaborare eventualmente a determinati lavori che potrebbero presentarsi.

Le Bureau de la condition féminine:
une revendication des jurassiennes

par Marie-Josèphe Lachat

Le Bureau de la condition féminine de la République et Canton du Jura doit son existence à la ferme volonté des femmes jurassiennes. C'est en effet une association féminine qui demanda l'institution d'un tel service durant les travaux de l'Assemblée constituante.

"Dès le 23 juin 1974, l'Association féminine pour la défense du Jura s'est inquiétée de la situation de la femme dans le nouveau canton. Nous avons analysé nos problèmes entre femmes. Nous avons pris conscience de l'immense travail à accomplir pour intégrer les femmes dans la société. Il nous a paru indispensable que l'Etat nous aide. C'est pourquoi nous avons demandé, lors de notre assemblée générale du 30 août 1975, la création du Bureau permanent de la condition féminine". Ainsi s'exprima Valentine Friedli, seule femme de l'Assemblée constituante, le 1er septembre 1976, pour demander l'inscription, dans la Constitution cantonale, d'un article spécial instituant le Bureau de la condition féminine.

Les partis appuyèrent cette revendication, reconnaissant qu'à part l'octroi du droit de vote, rien d'autre n'avait été fait. La députée relevait d'ailleurs: "il ne suffit pas d'inscrire les principes d'égalité dans la Constitution ou dans les lois. Il faut encore les faire appliquer. Changer nos attitudes et nos façons de penser exige un grand travail d'information et d'éducation. Durant l'Année de la femme, les Nations Unies ont organisé un Séminaire chargé d'examiner les moyens d'accélérer l'intégration des femmes. Un rapport très intéressant a été publiée à

cette occasion. Le moyen le plus important est précisément la création d'un Conseil, d'un Secrétariat, ou d'un Bureau de la condition féminine. Le Canton du Jura a tout à gagner à faire en sorte que les femmes prennent leur place dans la société."

Et pour clore le débat, elle cita: "Alexis de Tocqueville, qui avait parcouru l'Amérique il y a cent cinquante ans écrivit à son retour: si on me demandait à quoi je pense qu'il faille principalement attribuer la prospérité singulière et la force croissante du peuple américain, je répondrais que c'est à la supériorité de ses femmes". Valentine Friedli fut applaudie et l'article 44 suivant fut inscrit dans la Constitution jurassienne:

"L'Etat institue le Bureau de la condition féminine dont les tâches sont notamment:

- a) améliorer la condition féminine,
- b) favoriser l'accès de la femme à tous les degrés de responsabilités,
- c) éliminer les discriminations dont elle peut faire l'objet."

Le 20 mars 1977, la Constitution jurassienne était acceptée massivement par le peuple. L'entrée en souveraineté de la République et Canton du Jura, le 1er janvier 1979, marquait le point de départ des activités administratives. Le Bureau de la condition féminine fonctionne, lui, depuis le mois de mars 1979.

Qu'est-ce que le Bureau de la condition féminine?

Le Bureau de la condition féminine est un service administratif rattaché au Département de la Justice et de l'Intérieur. Il a pour tâche de remplir la mission confiée par l'article 44 de la Constitution jurassienne, et pour moyen d'action: la législation, l'administration et l'information.

Actuellement il occupe trois personnes, une à plein temps et deux à mi-temps. Depuis le début de l'année 1980, le Bureau de la condition féminine est épaulé par une commission consultative composée de treize femmes représentant des associations féminines du Jura.

L'organisation du Bureau de la condition féminine

Pour organiser ce nouveau service, il a fallu suivre différentes étapes. Le cheminement fut le suivant:

- 1) prendre contact avec les associations,
- 2) établir un cahier des tâches,
- 3) accumuler toute l'information et la documentation possible,
- 4) proposer un programme d'action.

1) Contacts avec les associations

La majorité des associations qui, dans le Jura, avaient une action en rapport avec la condition féminine, furent conviées à une rencontre. Cette première prise de contact servait à jeter les bases d'une collaboration et à énumérer les actions communes à envisager. Cela permettait aussi de diriger certaines associations auprès de leurs interlocuteurs privilégiés dans l'administration. La section jurassienne de la Fédération romande des consommatrices par exemple fut mise en rapport avec le Service des Arts et Métiers, service chargé de la protection des consommateurs. Ces rencontres ont aussi débouché sur des actions concrètes: l'organisation d'une soirée d'information sur le problème du "Re-travail", par exemple, qui relança l'idée de la mise sur pied de stages de réinsertion professionnelle, ou encore l'aménagement d'un cours d'instruction civique.

2) Etablir un cahier des tâches

Les contacts extérieurs furent pris en même temps que les contacts à l'intérieur de l'administration, et avec le même scénario. Des entretiens avec la plupart des Chefs de service administratif permirent de les sensibiliser à l'application de l'égalité entre hommes et femmes, d'établir une bonne collaboration et d'entrevoir des actions conjointes. Car, en fait, l'ensemble de l'administration se doit de

remplir les tâches imposées par la Constitution cantonale, y compris celle de l'amélioration de la condition féminine!

Cela étant, il y a forcément une hiérarchie dans une administration. Le Bureau de la condition féminine est un service, rattaché au Département de la Justice et de l'intérieur. Mais il faut qu'il puisse intervenir sans passer par la voie hiérarchique, dans tous les services de tous les départements. Si l'on veut, il faut que le Bureau de la condition féminine ait, en quelque sorte, une position de staff dans l'organisation administrative.

Car le Bureau de la condition féminine touche tous les domaines: travail, chômage, santé, enseignement, assurances sociales, formation professionnelle, orientation, etc. Il doit donc être au courant de ce qui se traite dans les services, et ceci en permanence, pour savoir où, quand et comment agir. D'où l'importance de la collaboration entre les services mais aussi l'importance de prévoir des contrôles. Ainsi, trois cribles furent mis en place:

- chaque service doit annoncer au Bureau de la condition féminine une nouvelle action pouvant intéresser la condition féminine,
- le service juridique contrôle tous les projets législatifs. Celui-ci alerte donc le Bureau de la condition féminine pour vérifier s'il a ou non participé à leur élaboration,
- enfin, la responsable du Bureau de la condition féminine ayant connaissance de l'ordre du jour des séances du Gouvernement, elle peut transmettre immédiatement ses remarques à l'Exécutif, par son Chef de Département. Elle peut même, dans des cas exceptionnels, lui demander de retarder sa décision, sur un sujet à l'étude duquel elle n'aurait pas participé, jusqu'au dépôt de son propre rapport.

Cette place particulière donnée au Bureau de la condition féminine est définie dans son cahier des tâches que le Gouvernement accepta au mois de juin 1979.

3) Accumuler toute l'information et la documentation possibles

L'étude de la condition féminine oblige à être "spécialiste" dans chaque domaine et dans tous les domaines. Il faut donc pouvoir disposer d'une documentation riche et surtout actuelle. Qu'elle soit recueillie, concernant la situation de la femme en Suisse et dans le monde, qu'elle soit constituée à l'aide d'enquêtes et de recherches s'agissant de la condition féminine dans le Jura. Cette documentation n'est pas un but en soi. C'est un outil de travail qui permet d'établir des rapports à l'intention de l'administration, de diffuser de l'information dans la population, d'étayer les positions du Bureau de la condition féminine dans les travaux de commissions.

4) Proposer un programme d'action

Grâce aux contacts avec les associations, les besoins des femmes jurassiennes ont pu être dénombrés. Sur la base de la documentation, il était possible d'avoir une vue générale des problèmes liés à la condition de la femme. Cela confronté au cahier des tâches du Bureau de la condition féminine, c'est-à-dire aux possibilités d'actions, et compte tenu des contraintes de personnel, de budget mais aussi de l'urgence de certaines solutions, permet d'établir le programme d'action du Bureau de la condition féminine.

Le Gouvernement présenta au Parlement son Programme de législature 1979-1982 en décembre 1979, les objectifs du Bureau de la condition féminine y sont inscrits comme ceux de tout service administratif. Ils sont notamment les suivants:

- éliminer les différences basées sur le sexe dans l'instruction et proposer des programmes de formation identiques pour filles et garçons,
- instaurer une préparation à l'accomplissement des tâches ménagères et familiales pour filles et garçons,
- encourager la formation professionnelle et la poursuite des études des jeunes filles,
- rechercher l'égalité dans le travail en particulier par l'application du principe "à travail égal, salaire égal",

- promouvoir la création de centres de consultations: planning, centres de consultations conjugales, centres de puériculture, etc.,
- mettre sur pied un organisme chargé de l'avance et du recouvrement des pensions alimentaires.

Evidemment tout n'est pas dit dans ce programme et d'autres objectifs s'y sont greffés.

Les réalisations du Bureau de la condition féminine

1) Dans le domaine de la politique

Ce thème n'est pas mentionné dans le programme de législature, puisqu'il lui est antérieur. Ce fut la première enquête menée par le Bureau de la condition féminine. Lorsqu'on sait la place importante que prend la politique dans la vie de tout Jurassien, la nécessité d'une telle étude devient évidente! Il était, de plus, intéressant de voir comment s'appliquait la volonté d'égalité exprimée clairement par les hommes du Jura lors des votations fédérales sur le suffrage féminin (52% d'acceptants en 1959 et 84% en 1971).

Une première enquête a montré que sur l'ensemble des 82 communes du Jura, les femmes représentaient le 8,8% des élus aux exécutifs communaux, le 14% aux législatifs. Les femmes, de plus, formaient le 34,5% des membres des commissions de l'école primaire, le 34,3% des commissions des oeuvres sociales et ... le 4,6% des commissions d'impôts.

Une seconde enquête a prouvé que les femmes s'intéressaient à la politique autant que les hommes: la participation féminine aux votations était environ de 55%, la participation masculine de 62%, la différence étant due au plus grand nombre de femmes dans les classes d'âges élevés.

A la suite de ce constat, le Bureau de la condition féminine a organisé une vaste campagne en vue des élections communales qui devaient avoir lieu en novembre 1980. Sous le slogan "Confiance aux femmes" un appel fut lancé aux femmes, aux partis politiques et à l'ensemble du corps électoral. Cet appel était signé du Bureau de

la condition féminine, de sa commission et de toutes les femmes parlementaires qui se sont solidarisées par-dessus les partis. Deux cycles de conférences et de soirées-débats tout au long de la campagne soutenaient cet appel, repris souvent par les associations féminines. Chaque parti, et parfois, chaque section communale de parti reçut un dossier réalisé par le Bureau de la condition féminine sur la base de ses enquêtes et qui décrivait "la situation des femmes dans la politique communale jurassienne". Des affiches frappées des armoiries cantonales ornaient les murs de toutes les communes et répétaient le slogan "Confiance aux femmes".

Lorsque les résultats tombèrent, ils indiquèrent 10,8% de femmes élues aux exécutifs communaux et 15,2% aux législatifs communaux. De plus, pour la première fois une femme était élue à la tête d'une commune: le Jura avait sa première mairesse. Cette réalisation n'est qu'une première étape, les enquêtes se poursuivent et une prochaine échéance pointe à l'horizon: les élections au Gouvernement et au Parlement à la fin de cette année.

Il faut relever encore que le 14 juin 1981, jour de votation sur l'égalité des droits entre hommes et femmes, pour la première fois, les femmes étaient majoritaires parmi les électeurs votants. Depuis, deux femmes ont été élues à la présidence de partis cantonaux, et cette année le Parlement est présidé par une femme.

2) Dans le domaine de l'enseignement

C'est également à partir d'un constat que commença l'étude de ce dossier. Les plans d'études des écoles primaires et secondaires du Canton de Berne sont encore appliqués dans le Jura.

En rapportant le nombre d'heures suivies par les filles à l'horaire des garçons, il fut attesté que, du fait de l'enseignement différencié, les filles perdaient à l'école primaire:

une année de français
une année d'histoire
une année de géographie
une année de sciences
deux ans de dessin technique
et les deux tiers d'une année de mathématiques,

à l'école secondaire (section moderne)
deux années et demie de gymnastique
trois ans de travaux pratiques de sciences
deux ans de dessin géométrique
un tiers d'année de mathématiques
et une année de physique.

Les garçons pendant ce temps perdaient deux années de chant, tout l'enseignement ménager et les travaux à l'aiguille.

Sur cette base, un rapport fut confié au Service de l'enseignement pour revendiquer dans le cadre de la refonte des grilles horaires:

- un enseignement identique pour filles et garçons, dans les mêmes disciplines, avec le même nombre de leçons, le même contenu et le même caractère obligatoire, optionnel ou facultatif,
- la suppression de tout enseignement différencié sur la base du sexe,
- le maintien des branches dites "féminines" et dites "masculines", mais l'ouverture de ces branches aux deux sexes.

Ceci devrait se traduire par l'introduction d'un enseignement ménager obligatoire pour les garçons et les filles dans le cadre de la scolarité, avec pour effet la suppression du caractère obligatoire de l'enseignement ménager post-scolaire. L'application de cette égalité de traitement dans l'enseignement se fera dès l'entrée en vigueur des nouvelles grilles horaires primaires et secondaires, peut-être en 1982, sûrement en 1983.

3) Dans le domaine de travail

En participant à des débats, à des rencontres avec les travailleuses ou les chômeuses, un manque flagrant d'information fut remarqué sur les droits des femmes dans le travail, attesté encore par le grand nombre de demandes de renseignements concernant le droit du travail soumises au Bureau de la condition féminine (BCF). Ainsi naquit l'idée d'une brochure sur les droits de la femme dans le travail. Une histoire purement imaginaire met une femme, Céline, dans différentes situations par rapport au travail. Ceci permet d'introduire les dispositions légales principales et de donner aux utilisatrices un minimum d'indications - qui peuvent être complétées grâce aux références - sur leurs droits face à tel ou tel problème.

droits de la femme au travail



Cette brochure tirée à dix mille exemplaires en mai 1981 a déjà dû être rééditée. Elle fut diffusée dans les secrétariats communaux, par les organisations syndicales, les partis politiques, les associations et le sera encore dans les écoles.

4) Dans le domaine de centres de planning

Les centres de planning dans le Jura sont peu utilisés. La réticence à faire appel à de tels services est encore forte. Une étude en trois volets a été entreprise en collaboration avec une étudiante qui premièrement fit une description des lieux d'information et d'éducation en matière sexuelle, à part le centre de planning. Deuxièmement, une enquête par questionnaire s'adressant à trois mille personnes dénonça une méconnaissance des centres de planning et de leurs activités et révéla les vœux de la population face à ces services d'information. Le troisième volet est encore futur, il débouchera sur des propositions quant à la réorganisation de ces centres.

5) Dans le domaine de la formation professionnelle

Dans le Jura, il y a encore un grand nombre de jeunes filles qui s'engagent sur le marché du travail sans aucune formation professionnelle, comme manoeuvres. Et lorsqu'elles choisissent de faire un apprentissage c'est toujours dans les mêmes secteurs, fortement féminisés et... dévalorisés.

Après avoir obtenu quelques modifications dans les documents de présentation des formations fournis par l'Office d'orientation scolaire et professionnelle, après avoir collaboré à une séance d'information, s'adressant spécialement aux jeunes filles, organisée par ce même office, une brochure est actuellement à l'étude. Destiné à être diffusé dans les écoles, ce document

aura pour ambition d'une part de pousser les jeunes filles à suivre une formation post-scolaire et d'autre part à les motiver à diversifier leur choix professionnel. Cet objectif sera réalisé dans le courant de cette année.

6) Dans le domaine des pensions alimentaires

Après avoir dirigé l'étude du projet de loi sur l'avance et le recouvrement des pensions alimentaires, par l'intermédiaire d'une commission puis d'un groupe d'experts, le Bureau de la condition féminine a rendu son rapport au Gouvernement. Ce dossier est actuellement entre les mains du Parlement.

Le projet va nettement plus loin que les obligations posées par le droit fédéral. Deux principes ont guidé cette étude: l'égalité entre tous les enfants, rejetant ainsi le principe de l'insolvabilité comme limite du versement des prestations et l'amélioration de la condition des femmes séparées, divorcées ou célibataires ayant charge d'enfants. En effet, les prestations de cette loi seront offertes également aux conjoint(e)s, ex-conjoint(e)s ou mère. Le Parlement devra traiter cette loi durant le premier semestre 1982.

7) Dans le domaine de la législation

Un catalogue des discriminations contenues dans la législation cantonale a été établi par le Bureau de la condition féminine. Les services qui, en ce moment, préparent la révision des textes législatifs les concernant ont été nantis des modifications à insérer. Quant aux domaines pour lesquels aucune refonte n'est prévue, le Bureau de la condition féminine formulera ses demandes à l'intention du Gouvernement et peut-être du Parlement.

8) Actions ponctuelles

Le Bureau de la condition féminine a également favorisé la création d'associations soit en prenant entièrement le projet en main comme pour l'association des femmes chefs de familles, soit en appuyant simplement le projet par des enquêtes ou par une aide financière, comme pour les crèches à domicile.

La diffusion d'informations dans la presse se fait assez régulièrement et depuis le mois de janvier 1981, une revue de la presse jurassienne, romande et étrangère est envoyée aux femmes parlementaires, aux associations, aux femmes journalistes, aux bibliothèques, ludothèques et garderies pour toucher les femmes partout où elles sont.

Depuis mai 1981, une permanence est tenue tous les lundis afin de permettre aux femmes de venir chercher les renseignements qu'elles désirent, ou pour consulter la documentation accumulée depuis maintenant trois ans.

Un Bureau de la condition féminine dans un autre canton?

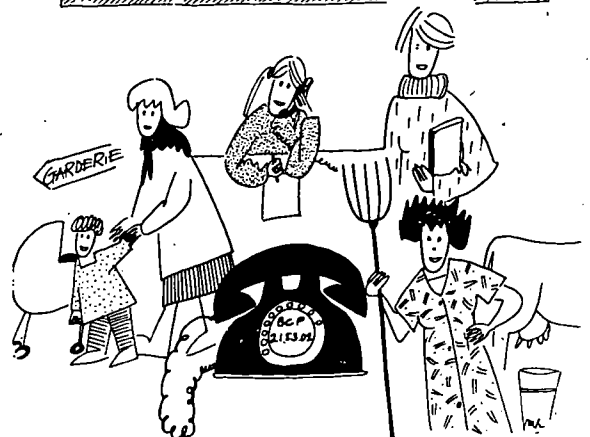
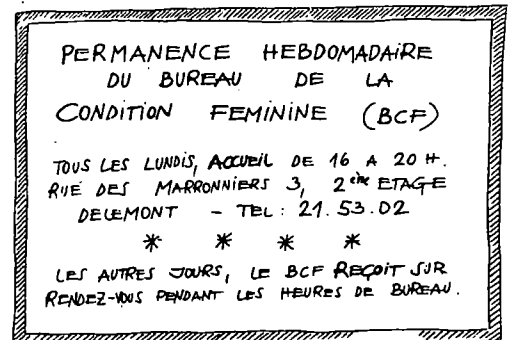
L'avènement d'un Bureau de la condition féminine dans un autre canton est évidemment attendu avec grande impatience. Un tel service est non seulement utile mais nécessaire dans tous les cantons de Suisse: il est possible de l'affirmer après trois ans d'activité. Il est clair que ce qui s'est fait dans le Jura, l'a été parce que la situation jurassienne imposait certaines priorités. Ailleurs les objectifs seraient peut-être autres. La valeur d'un tel organe administratif réside dans sa spécificité.

Aucune association, aucun centre de liaison ne peut assumer les tâches d'un Bureau de la condition féminine, de même qu'un Bureau de la condition féminine ne peut remplacer ni les associations, ni les centres de liaison. D'ailleurs, l'absence de centre de liaison dans le Jura se faisant ressentir, le Bureau de la condition féminine a soumis l'idée de la création d'un tel centre aux associations féminines. Plus d'une vingtaine d'associations ont déjà répondu par l'affirmative! Un Centre de liaison naîtra donc probablement dans le Jura. Et une relation très fructueuse s'instaurera forcément entre lui et le Bureau de la condition féminine. Le premier regroupera les femmes, recueillera leurs revendications selon les domaines d'intérêt de chaque association, les associations jouant le rôle représentatif qu'assument les partis politiques, par exemple. De son côté le Bureau de la con-

dition féminine aura en face de lui un interlocuteur privilégié, capable de lui transmettre la voix des femmes. Il recevra les revendications féminines, les dirigera dans les services concernés, suivra leur étude dans l'administration ou les traitera directement, ayant préparé les réponses institutionnelles.

Il ne faut pas oublier le fossé immense qui sépare le fait de participer à l'étude d'un dossier et le fait d'être simplement consulté sur un sujet.

Le Bureau de la condition féminine n'est ni une association, ni un centre de liaison, c'est un service administratif, un service qui fait corps avec l'administration, qui est dans l'administration et qui travaille avec elle. Lui seul peut construire une action globale - par la collaboration qu'il établit avec l'ensemble des services administratifs - touchant tous les domaines de la vie, donc de la condition féminine.



Konjunkturpuffer Frauenarbeit

von Richard Schwertfeger

Keine neue Rezession...

Nach zwei guten Konjunkturjahren ist die Schweizer Wirtschaft zwar nicht im Krebsgang, aber sie wächst nicht mehr. Die Subkommission Wirtschaftsprognosen der Eidgenössischen Kommission für Konjunkturfragen rechnet für das laufende Jahr mit einer Abnahme der Gesamtnachfrage um 0,7 Prozent. Der Rückgang des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen um 1,7 Prozent, den sie gleichzeitig voraussagt, geht zum grössten Teil auf eine erwartete, starke Abnahme der Kapital- und Arbeitseinkommen aus dem Ausland - um 10,5 Prozent im Zeichen sinkender Zinserträge - zurück. Aus dieser Zahl kann folglich nicht geschlossen werden, dass die Schweizer Wirtschaft wie 1974/74 in eine ernsthafte Rezession hineintrutscht.

...doch Beschäftigungsrückgang

Die Voraussetzungen für die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in der Schweizer Wirtschaft sind deshalb günstiger einzuschätzen als bei der damaligen Konjunkturwende. Das zeigt auch die schweizerische Beschäftigungsstatistik. Im vierten Quartal von 1981 verringerte sich die Beschäftigung in der Wirtschaft bei den Männern mit einem Rückgang um 1,4 Prozent weit stärker als bei den Frauen, bei denen der Rückgang nur 0,3 Prozent ausmachte. 22'900 weggefallene Männer-Arbeitsplätze standen nur 3'500 weniger Arbeitsplätze für Frauen gegenüber. Auf 1,75 Millionen beschäftigte Männer entfallen nun 809'000 beschäftigte Frauen.

Ein ähnliches Bild vermittelt die Arbeitslosenstatistik. Die Zahl der arbeitslosen Männer hat im Januar 1982 um 1'924 zugenommen, jene der arbeitslosen Frauen "nur"

Le travail des femmes, tampon conjoncturel

par Richard Schwertfeger

Résumé

Après deux années de bonne conjoncture, l'économie suisse connaît une stagnation. La situation des femmes sur le marché du travail a tendance à devenir plus difficile, bien qu'elle soit à première vue plus favorable que celle des hommes. En effet, le taux de l'emploi au quatrième trimestre de 1981 a baissé plus fortement chez les hommes que chez les femmes (respectivement de 1,4 et 0,3%); en janvier 1982, le nombre des chômeurs s'est accru de 1'924, celui des chômeuses de 652; la population active compte présentement 1,75 millions d'hommes et 809'000 femmes.

Les difficultés qui guettent les femmes ne sont pas tellement d'ordre quantitatif que de nature qualitative: plusieurs secteurs conjoncturels et structurels. Il s'agit cette fois-ci moins de l'industrie horlogère (diminution 2,0%) que de l'industrie du tabac et du textile (diminution de respectivement 3,6 et 3,1%).

De nouveaux emplois ont été créés dans le secteur des services (plus 3,5%), mais ils ont été absorbés en grande partie par des personnes occupées dans le secteur de la restauration et de l'hôtellerie (diminution 2,4%). Le secteur des services ne peut donc plus tenir lieu dans la même mesure qu'au milieu des années 70 de réservoir d'emplois pour les travailleurs licenciés par l'industrie.

Dans le commerce de détail, qui occupe beaucoup de femmes, le niveau de l'emploi est également inférieur à celui de l'année précédente (diminution 1,5%). La baisse du chiffre d'affaires annonce de nouvelles liquidations et fusions.

um 652 und somit - gemessen am Verhältnis zwischen Männer- und Frauen-Arbeitsplätzen - nur halb so stark.

Betroffen sind Branchen mit hohen Frauenanteilen

Es wäre aber verwegen, aus diesen Momentbildern des Arbeitsmarktes den Schluss zu ziehen, die Beschäftigungsaussichten der Frauen seien generell besser als jene der Männer. Ein Blick auf die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen zeigt, dass auch bei der Frauenarbeit deutlich erkennbare Schwachstellen vorhanden sind.

Uhrenindustrie...

Verschiedene Branchen mit hohen Anteilen an Frauenarbeit werden zur Zeit aus konjunkturellen und strukturellen Gründen arg durcheinander geschüttelt. Dabei steht beim Beschäftigungsrückgang, der weibliche Arbeitnehmer trifft, zur Zeit nicht einmal die Uhrenindustrie im Vordergrund. Nach den letzten Zahlen hat in ihr die Beschäftigung im Lauf eines Jahres um 2,0 Prozent abgenommen. Seit dem dritten Vierteljahr von 1981 beschleunigt sich allerdings diese Bewegung.

...Tabak- und Textilindustrie

Viel spektakulärer ist die Rückbildung der Arbeitsplätze in der Tabakindustrie mit 3,6 Prozent und in der Textilindustrie mit 3,1 Prozent. Es ist offensichtlich, dass hier überwiegend Arbeitnehmerinnen unter der ausländischen Wohnbevölkerung und mit relativ bescheidendem Ausbildungsstand betroffen sind.

Auch im Dienstleistungssektor wird's für Frauen schwieriger...

Im Dienstleistungssektor, der 1974/75 noch massiv von der Industrie freigesetzte Arbeitskräfte aufnehmen konnte, weht inzwischen auch ein schärferer Wind. Neue Arbeitsplätze geschaffen haben im letzten Jahr vor allem Banken, Versicherungen und PTT. Im Gesundheitswesen, das einen Beschäftigungszuwachs um 3,5 Prozent meldet, konnten die vorhandenen Personallücken zum Teil aufgefüllt

Il est difficile de déterminer jusqu'à quel point les mesures de rationalisation dans les administrations de diverses grandes entreprises influent sur la situation de l'emploi chez les femmes. Ces entreprises ne licencient personne, certes, mais elles ne pourvoient pas aux places vacantes. Le problème est sérieux, comme le démontre l'évolution du nombre des chômeurs dans les professions administratives: il a augmenté de 48,9 pour cent de janvier 1981 à janvier 1982 et il y a moins d'une place vacante pour trois demandeurs d'emploi.

En cas de chômage, la question de la mobilité géographique gêne plus les femmes que les hommes. Pour les mères de famille, notamment, il est presque impossible d'accepter un emploi qui exige de longs déplacements.

Un autre problème consiste dans la disparité entre les emplois offerts et la formation des demandeuses. Des cours de reclassement et d'intégration au sens de la nouvelle loi sur l'assurance-chômage sont nécessaires, mais ils ne seront évidemment pas une panacée.

Il importe que les travailleuses sauvegardent leurs droits et possibilités et ne se retirent pas de la vie professionnelle sans s'annoncer auprès des offices du travail, comme en 1974/75. C'est en général la plus mauvaise solution pour les familles concernées que de renoncer volontairement aux prestations et services que la législation offre aux personnes sans travail.

werden. Dies ist möglicherweise zum Teil auf Kosten des Gastwirtschaftsgewerbes erfolgt, das einen Beschäftigungsrückgang um 2,4 Prozent meldet - nicht aus Mangel an Beschäftigung, sondern wegen der Abwanderung von Personal.

...wie auch im Detailhandel

Nicht erfreulich ist die Entwicklung im Detailhandel, der von jeher Einstiegs-möglichkeiten für von der Industrie freigesetzte Arbeitskräfte zu bieten hatte. In dieser Branche liegt der Beschäftigungsstand um 1,5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Diese Entwicklung dürfte sich noch beschleunigen. Erstmals seit Dezember 1978 sind die Kleinhandelsumsätze in der Schweiz im Januar 1982 wieder unter den Vergleichsstand des Vorjahres gefallen, nämlich - nach Abzug der Preisänderungen - gleich um 6,4 Prozent. Wenn dieser "Konsumknick" anhält, wird es zu weiteren Betriebs-schliessungen und -zusammenlegungen im Detailhandel kommen, die Frauenarbeitsplätze zum Verschwinden bringen.

Grossindustrie baut "kalt" ab

Es fällt schwer, die Auswirkungen der zahlreichen, zur Zeit laufenden Rationalisierungsprogramme in den Verwaltungen zahlreicher Grossunternehmen auf die Frauenarbeit abzuschätzen. Wo keine Entlassungen erfolgen, werden auch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Personalabbau über die Fluktuationsrate ist das offen erklärte Rezept dieser Programme in der chemischen Industrie, bei der Schweizerischen Volksbank, der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft und in vielen weiteren Unternehmungen. Diese Entwicklung setzt insbesondere die Wiedereinstiegchancen von Ehefrauen und Müttern in den Arbeitsprozess herab. Es kommt nicht von selbst, dass die Zahl der gemeldeten Ganzarbeitslosen in Büro- und Verwaltungsberufen von Januar 1981 bis Januar 1982 um 48,9 Prozent zugenommen hat, und dass jetzt in dieser Berufsgruppe weniger als eine offene Stelle auf drei Stellensuchende entfällt.

Il lavoro della donna - un tampone congiunturale

di Richard Schwertfeger

Riassunto

Dopo due anni di congiuntura favorevole, pur non trovandosi a fronteggiare una nuova crisi, l'economia svizzera è comunque stagnante. Sul mercato del lavoro la posizione delle donne si fa più difficile. A prima vista, il confronto con gli uomini parrebbe risolversi a favore delle donne: durante l'ultimo trimestre del 1981 il tasso occupazionale degli uomini è sceso più sensibilmente che quello delle donne (1,4% risp. 0,3%); nel gennaio 1982 il numero degli uomini disoccupati è aumentato di 1924 unità, mentre le donne disoccupate erano 625 in più; su 1,85 milioni di uomini occupati si contano 809'000 donne occupate.

I punti deboli dell'impiego femminile non sono tanto da cercarsi nella dimensione quantitativa quanto in quella qualitativa: vari settori con una forte proporzione di manodopera femminile sono toccati al momento da forti movimenti congiunturali e strutturali. Questa volta non si tratta tanto dell'industria orologiera (diminuzione 2%) quanto delle industrie del tabacco e tessile, dove l'involuzione tocca il 3,6% risp. 3,1%.

Benché nel settore dei servizi siano stati creati nuovi posti di lavoro (aumento 3,5%), questi sono stati in gran parte assorbiti da persone attive nel ramo alberghiero (diminuzione 2,4%). In tal modo, il settore dei servizi non è in grado di fungere da collettore per i licenziati dell'industria nella stessa misura come attorno alla metà degli anni 70.

Anche nel commercio al dettaglio - dove si conta buona parte dei posti di lavoro femminili - il tasso occupazionale è sotto il livello dell'anno precedente (diminuzione 1,5%). In seguito alla diminuzione della cifra d'affari del commercio al dettaglio, ulteriori aziende dovranno prossimamente chiudere i battenti o aggregarsi a altre.

Arbeitslose Frauen sollten mobil sein

Schwierige Probleme entstehen auch bei der geographischen Mobilität der weiblichen Arbeitnehmer. Jene Zweige des Dienstleistungssektors, die zur Zeit noch wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen, sind mit Ausnahme des Gastgewerbes in den grösseren Agglomerationen konzentriert. Eine berufstätige Mutter aus dem Toggenburg kann aber nicht nach Zürich pendeln.

...hätten Umschulungskurse nötig,

Eine weitere Inkongruenz besteht zwischen den Anforderungen der neu entstehenden Arbeitsplätze und dem Ausbildungsstand der freigesetzten weiblichen Arbeitskräfte. Dieses Problem dürfte, auch wenn die materiellen Voraussetzungen für grosszügige Umschulungen mit dem neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen werden, noch harte Knacknüsse abgeben.

...und sollen sich bei den Arbeitsämtern melden

Entscheidend ist, dass die Arbeitnehmerinnen ihre Rechte und Möglichkeiten voll ausnützen. Es darf nicht mehr - wie 1974/75 - vorkommen, dass viele von ihnen stillschweigend aus dem Arbeitsprozess ausscheiden und sich bei den Arbeitsämtern gar nicht melden. Der freiwillige Verzicht auf ihnen zustehende Leistungen und Vermittlungsmöglichkeiten ist für die betroffenen Familien meist die schlechteste Lösung.

Più difficile risulta l'analisi delle ripercussioni che potrebbe avere sull'occupazione femminile la razionalizzazione amministrativa di diverse grandi aziende. In questo caso non vi sono licenziamenti, ma i posti di lavoro liberati non vengono semplicemente più occupati. La gravità del problema risulta dall'evoluzione del numero dei disoccupati nel settore amministrativo: dal gennaio 1981 al gennaio 1982 esso è aumentato del 48,9%. Per tre persone in cerca di impiego vi è oggi meno di un posto vacante.

In caso di disoccupazione, le donne si trovano più limitate degli uomini dalla loro mancante mobilità geografica. Soprattutto per le madri è praticamente escluso che possano accettare un posto di lavoro che non sia facilmente accessibile.

Un'ulteriore difficoltà è rappresentata dall'incongruenza tra posti offerti e livello formativo delle donne in cerca di impiego. Corsi introduttivi o di riqualificazione ai sensi della nuova legge sull'assicurazione contro la disoccupazione sono indubbiamente necessari, benché non possano contribuire a risolvere tutti i problemi.

Il punto determinante è che le lavoratrici sappiano ora difendere i loro diritti e approfittare delle opportunità che sono loro offerte, e che, contrariamente a quanto fecero nel 1974/75, non abbandonino il posto senza prima essersi annunciate agli uffici del lavoro. La rinuncia volontaria alle prestazioni che sono loro dovute e alla possibilità di collocamento rappresenta per le famiglie colpite una cattiva scelta.

Die wirtschaftliche Rolle der Frau in der ECE Region

KB. 1979 erschien ein vom ECE-Sekretariat ausgearbeiteter Bericht "Die wirtschaftliche Rolle der Frau in der ECE-Region". Seit August 1981 liegt nun auch die deutsche Uebersetzung dieses 200 Seiten starken Berichtes vor. Die ECE, d.h. die Wirtschaftskommission für Europa ist ein Organ der UNO. Mitglieder sind neben den europäischen Ländern auch die USA, Kanada und die UdSSR.

Im Bericht werden hauptsächlich Vergleiche zwischen den verschiedenen Ländern sowie zwischen den Regionen Ost, West und Süd angestellt.

Die ersten drei Kapitel befassen sich mit Tendenzen in der Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben, mit der Verteilung der Frauen auf die verschiedenen Sektoren, der Wirtschaft, Erwerbszweige und Berufsgruppen sowie mit dem Lohngefälle zwischen Frauen und Männern.

In den folgenden Kapiteln wird versucht, mögliche Hintergründe für diese Situation aufzuzeigen wie etwa demographische Entwicklungen, Bildungsbeteiligung der Frauen, biologische und psychologische Faktoren usw. Daran schließt eine Darstellung der Zeitverwendung von Männern und Frauen in den ECE-Ländern an.

Das zusammenfassende Schlusskapitel enthält einen kurzen Ausblick auf die Zukunft sowie einige Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Frauen im Erwerbsleben.

Das umfangreiche Datenmaterial ist in zahlreichen Tabellen und Graphiken übersichtlich zusammengestellt. In Zwischentexten werden die Tabellen eingeführt, erläutert und zusammengefasst. Da es sich bei den meisten Daten um Auswertungen von Volkszählungen handelt, reichen die Angaben nicht bis in die neueste Zeit hinein, sondern hören in

Le rôle économique de la femme en Europe

Résumé

Un rapport de 200 pages sur le rôle économique de la femme, publié en 1979 (en français et en anglais) par le secrétariat de la Commission économique pour l'Europe, vient de paraître également en allemand (édition d'août 1981). Cette commission est un organe de l'ONU (CEE-ONU) et comprend, outre les pays européens, les Etats-Unis, le Canada et l'URSS.

Le rapport est consacré principalement à des comparaisons entre les pays membres, ainsi qu'entre les régions de l'est, de l'ouest et du sud.

Les trois premiers chapitres exposent les tendances caractérisant la participation des femmes à la vie professionnelle, leur répartition (secteurs, branches, groupes professionnels) et la disparité des salaires femmes/hommes.

Les chapitres suivants tentent d'expliquer la situation (développements démographiques, formation, facteurs biologiques et psychologiques, etc.). Ils sont complétés par des indications sur le temps que les hommes et les femmes consacrent aux diverses activités.

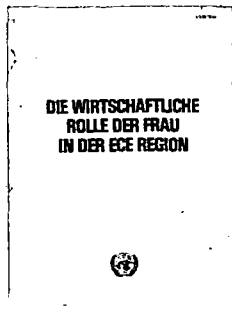
Le chapitre final donne un résumé du rapport, jette un bref regard sur l'avenir et fait quelques recommandations pour l'amélioration de la situation professionnelle des femmes.

La volumineuse documentation statistique est présentée de manière claire à l'aide de nombreux tableaux et graphiques. Des textes intermédiaires présentent, expliquent et résument les tableaux. La plupart des données statistiques provenant des recensements populaires, les renseignements fournis ne sont en général pas postérieurs à 1970. Il n'en demeure pas moins que ce rapport

den meisten Fällen bei etwa 1970 auf. Trotzdem dürfte eine so umfassende Zusammenstellung von Material zur Lage der Frau in der europäischen Wirtschaft in vieler Hinsicht von grossem Nutzen sein.

Der Bericht "Die wirtschaftliche Rolle der Frau in der ECE-Region" kann - solange Vorrat - gratis beim Sekretariat der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Postfach, 3000 Bern 6, bezogen werden.

sur la situation de la femme dans l'économie européenne peut rendre de grands services à bien des égards. On peut l'obtenir auprès des Nations Unies, section des ventes, case postale 1200 Genève.



"Versorgungsunabhängigkeit", was heisst das?

von Gret Haller

Der zweite Teil des Berichtes der Eidg. Kommission für Frauenfragen zur Stellung der Frau in der Schweiz enthält sehr viel wichtige Informationen und erweist sich damit für die politische Arbeit im Bereiche der Männerfragen und Frauenfragen als ausserordentlich nützliches Instrument.

Es sei hier gestattet, zum Begriff der "Versorgungsunabhängigkeit", den der Bericht wiederholt verwendet, und der damit gleichsam "amtsöffentlich" geworden ist, einige Ueberlegungen anzustellen. Dies erscheint um so wichtiger, als dieser Begriff in der Diskussion um die gesellschaftliche Stellung von Frau und Mann noch nicht sehr lange verwendet und als darunter schon heute recht Verschiedenes verstanden wird. Da es sich nicht um einen wissenschaftlich definierten Begriff handelt, ist seine vielfältige Verwendung durchaus verständlich und möglicherweise sogar wünschbar. Hingegen gilt es in dieser Situation die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten dieses Begriffs klar voneinander abzugrenzen.

In der Publikation "Frauen und Männer" Untertitel "Versorgungsunabhängigkeit für alle") *) wird mit diesem Begriff ein Zukunftsmodell umschrieben, für welches die Realisierbarkeit im Zeitraum von einem halben Jahrhundert angenommen wird. Es beinhaltet insbesondere, dass Personen ohne Betreuungsfunktionen ungeachtet ihres

Zivilstandes für den eigenen Lebensunterhalt selbst aufkommen, und dass der Lebensunterhalt von Personen mit Betreuungsfunktionen - d.h. vor allem Väter und Mütter kleinerer Kinder -, denen die Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht möglich ist, durch solidarische Leistungen der Personen ohne Betreuungsfunktionen über die Sozialversicherung finanziert wird. Die finanzielle Versorgung einer Person durch den Partner würde also generell wegfallen. Dass eine solche Konzeption Veränderungen im Erwerbsleben - insbesondere eine grundlegende Neuverteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit und eine entsprechende Umverteilung der Gesamtlohnsumme - zur Folge haben müsste, liegt auf der Hand, und die Ansatzpunkte für solche Veränderungen werden in der Publikation auch beschrieben.

Der Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen erwähnt die "Versorgungsunabhängigkeit" in seinem zweiten Teil besonders auf den Seiten 117 ff. Klar geht aus der Darstellung hervor, dass Eheleute - egal ob sie Betreuungspflichten gegenüber Kindern haben oder nicht - in der Aufteilung der Erwerbstätigkeit für die Familie frei sein sollen. Wie steht es nun aber mit der Vorsorge für Alter, Krankheit oder Invalidität? Was bedeutet in diesem Zusammenhang insbesondere der Satz "Es soll jedoch ebenfalls ihre (der Eheleute) Sache bleiben, wie sie die Altersvorsorge desjenigen finanzieren, der nicht einem Erwerb nachgeht..." ?

Und was bedeutet umgekehrt der Satz "Die Freiheit zur Ehe darf nicht durch den Köder der Versorgung geschmälert werden."?

Mir scheint, es muss hier zwischen verschiedenen Freiheiten unterschieden werden:

*) Gret Haller "Frauen und Männer, Partnerschaft oder Gleichmacherei?, Versorgungsunabhängigkeit für alle", 1980 erschienen im Zytglogge-Verlag, erscheint voraussichtlich 1983 als Taschenbuch.

- a) Die Freiheit, eine Ehe einzugehen und eine Ehe aufzulösen (Freiheit zur Ehe und von der Ehe).
- b) Die Freiheit, innerhalb der Ehe Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit zwischen den Partnern so aufzuteilen, wie es diesen beliebt.
- c) Die Freiheit, für die Risiken Alter und Invalidität eines nichterwerbstätigen Partners vorzusorgen, nur teilweise vorzusorgen oder gar nicht vorzusorgen.
- d) Die Freiheit, die Alters- und Invalidenvorsorge eines nichterwerbstätigen Partners durch Solidaritätsleistungen der Gesamtheit der Versicherten finanzieren zu lassen.

Freiheit a) wird im Bericht offensichtlich befürwortet, Freiheit b) ebenfalls.

Auch was Freiheit d) anbelangt, ist der Bericht klar: Es wird davon ausgegangen, dass Personen, die wegen Kinderbetreuung nicht oder nur teilweise erwerbstätig sein können, die Freiheit d) haben sollen. Für sie soll die Solidarität aller Personen ohne Betreuungsfunktionen spielen, ihre Alters- und Invaliditätsvorsorge soll durch die solidarischen Beiträge aller anderen finanziert werden, d.h. durch die Beiträge der erwerbstätigen Personen ohne Betreuungsfunktionen. Und diese Abgrenzung heisst auch klar, dass Personen ohne Betreuungsfunktionen diese Freiheit d) nicht haben sollen, ungeachtet dessen, ob sie erwerbstätig sind oder nicht.

Wie steht es nun aber mit Freiheit c)? Wenn das bisher gesagte richtig ist, d.h. wenn die Freiheiten a) und b) unbeschränkt und die Freiheit d) in dieser Abgrenzung bestehen soll, so kann es Freiheit c) nicht geben und zwar aus zwei Gründen:

1. Wenn die Vorsorge nicht oder nur teilweise erwerbstätiger Personen - insofern die Erwerbseinschränkung durch Betreuungsfunktionen bedingt ist - solidarisch finanziert werden soll; so muss die Gesetzgebung festlegen, dass die Personen ohne Betreuungsfunktionen ungeachtet des Geschlechts und ungeachtet der Erwerbstätigkeit beitragspflichtig sind, und in welchem Ausmass

sie dies sind. Sonst funktioniert Freiheit d) nicht mehr für jene, die Freiheit d) haben sollen. Die Gesetzgebung muss mit anderen Worten sagen: "Ihr könnt Euch beliebig zusammuntun (Freiheit a), und Ihr könnt beliebig miteinander abmachen, wer von Euch wieviel erwerbstätig ist und wer nicht (Freiheit b), aber wenn und solange Ihr keine Betreuungsfunktion habt, seid Ihr beide beitragspflichtig, und wenn Ihr Euch zufälligerweise so einrichtet, dass der eine gar nicht erwerbstätig ist, muss der andere diesem einen nicht nur den Lebensunterhalt sondern auch seine Beiträge bezahlen." Insofern also muss die Gesetzgebung das Aussenverhältnis der Eheleute regeln.

2. Wenn die Freiheit zur und von der Ehe (Freiheit a) wirklich realisierbar sein soll, so muss die Gesetzgebung auch das Innenverhältnis der Partner regeln. Es ist dies das selbe wie wenn die Gesetzgebung beispielsweise sagt: "Ihr könnt zwar beliebig miteinander Mietverträge abschliessen, aber wenn Ihr es effektiv tut, so stelle ich einige Regeln auf, damit der eine den anderen nicht übervorteilt." Was Ehepartner anbelangt, regelt die Gesetzgebung ihr Innenverhältnis durch das Eherecht und zum Teil auch durch die AHV-Gesetzgebung. Die bereits bestehenden Regelungen müssten nun folgerichtig neugefasst werden: "Ihr könnt nach freiem Willen abmachen, wer von Euch in welchem Umfang erwerbstätig sein soll. Aber wenn Ihr es so vereinbart, dass der eine dem anderen die Nichterwerbstätigkeit ermöglicht, und wenn diese Nichterwerbstätigkeit nicht auf Betreuungsfunktionen zurückzuführen ist, so muss der Erwerbstätige auch für den Nichterwerbstätigen eine Alters- und Invaliditätsvorsorge aufbauen". Und diese Vorsorge muss der Nichterwerbstätige bei Auflösung der Ehe mitnehmen können, sonst wird Freiheit a) zur Illusion. Die Gesetzgebung muss also festlegen, dass der erwerbstätige Partner für den nichterwerbstätigen Partner ohne Betreuungsfunktionen beitragspflichtig ist und in welchem Ausmass.

Nur in dieser Präzisierung kann der Begriff der "Versorgungsunabhängigkeit" logisch verstanden werden.

Chronik der laufenden Ereignisse
November 1981 bis Februar 1982

von Elisabeth Kästli

Kampf gegen kirchliches Patriarchat

(1.11.) Am Pastoralforum (repräsentative Versammlung der katholischen Kirche in der Schweiz) vom 29. Oktober bis 1. November in Lugano haben die Frauen die Forderung gestellt, die Kirchenleitung möge sie aus der Bevormundung entlassen. Im weiteren wurden die Bischöfe dazu aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass die Frauen künftig in allen Instanzen vertreten seien. Und die Kirchengemeinden sollen die Frauen im kirchlichen Dienst genauso annehmen wie den Mann. Bis heute sind die Frauen in den repräsentativen Gremien der katholischen Kirche stark untervertreten.

Mehr Raum und Geld für Frauenhäuser

(7.11.) Am 1. November ist das St. Galler Frauenhaus umgezogen: Es hat nun 3 Vierzimmer-Wohnungen zur Verfügung und kann bis zu 20 Personen aufnehmen. In der bisherigen Notunterkunft mussten zahlreiche Frauen wegen Platzmangels abgewiesen werden.

(13.11.) Anderthalb Jahre nach seiner Inbetriebnahme platzt das Berner Frauenhaus aus den Nähten. Mit Hilfe der städtischen Liegenschaftsverwaltung hat die Stiftung Frauenhaus ein grösseres Haus gefunden. Nach Umbau und Renovation soll es im Frühjahr 1982 bezogen werden.

(26.11.) Der Zürcher Gemeinderat hat den Beitrag an den Verein zum Schutz misshandelter Frauen entgegen dem Willen des Stadtrates um Fr. 18'000.- erhöht.

Ehrendoktor Elisabeth Blunschy

(11.11.) Die Theologische Fakultät Luzern hat Nationalrätin Elisabeth Blunschy (Schwyz) den Ehrendoktor der Theologie verliehen. Die Fakultät, die seit zehn Jahren das Recht hat, akademische Grade zu verleihen, hat zum ersten Mal eine Ehrenpromotion vorgenommen.

Mehr Aerztinnen

(11.11.) Die Zahl der Aerztinnen und Medizinstudentinnen hat in den letzten Jahren prozentual stärker zugenommen als jene ihrer männlichen Kollegen. 1980 stieg die Zahl der Aerztinnen um 7,7%, jene der Aerzte um 4,8%. Gesamthaft sind aber immer noch nur 17,8% der insgesamt 16'818 Mediziner(innen) Frauen, und beim Medizinstudium sind die Frauen mit 30,5% vertreten.

FBB-Protest

(14.11.) Die Schwangerschaftsabbruch-Gruppe der Frauenbewegung (FBB) protestiert in einem "Offenen Brief" an das Konkordat der Schweiz. Krankenkassen gegen den Entscheid des Eidg. Versicherungsgerichtes, der den Krankenkassen erlaubt, Schwangerschaftsabbrüche nachträglich als illegal zu qualifizieren und ihre Leistung zu verweigern. Die Krankenkassen werden aufgefordert, von solchen Massnahmen abzu-
sehen.

Nottelefon für vergewaltigte Frauen

(16.11.) Eine Gruppe von Frauen hat in Zürich den Verein Nottelefon für vergewaltigte Frauen gegründet. Der Telefondienst funktioniert jeden Montag von 13-14 Uhr und jeden Mittwoch von 20-22 Uhr unter der Nummer 01/42.46.46.

Komitee für gleiche Rechte

(17.11.) In Bern ist ein nationales Komitee zur Verwirklichung der gleichen Rechte für Mann und Frau gegründet worden. Durch das Sammeln von Informationen und durch koordinierte Vorstösse will das Komitee zur Verwirklichung von Artikel 4bis der Bundesverfassung beitragen. Es setzt sich unter anderem aus Vertreterinnen der SP-Frauen, der Frauenkommission des SGB, der Frauengruppe der PdA, der SAP, der Ofra, der FBB, der Frauen für Frieden und Fortschritt und der Demokratischen Juristen zusammen.

Mutterschaftsurlaub für Lehrerinnen gekürzt

(17.11.) Lehrerinnen hatten im Kanton Zürich bisher Anrecht auf drei Monate Mutterschaftsurlaub. Ab 1. Januar 1982 wird er nun wie für die übrigen Arbeitnehmerinnen des Kantons auf zwei Monate herabgesetzt. Dagegen soll bei ärztlich attestierter Arbeitsunfähigkeit wegen Schwangerschaftsfolgen die Besoldung bis zu sechs Monaten voll bezahlt werden.

Appenzell stimmt wieder ab

(24.11.) Am 25. April 1982 wird die Landsgemeinde von Appenzell Innerrhoden erneut über die Einführung des kantonalen Frauenstimmrechts entscheiden. Der Grosse Rat hat eine entsprechende Vorlage auf die Traktandenliste der nächsten Landsgemeinde gesetzt.

Freispruch für Kompanieabend mit Strip

(27.11.) Das Appellationsgericht hat Hauptmann Peter Knuchel, in dessen Einheit am Kompanieabend in Villeret zwei Striptease-Tänzerinnen auftraten, von aller Schuld freigesprochen. Knuchel war wegen dieses Vorfalls von seinem Vorgesetzten mit fünf Tagen scharfem Arrest und der Einstellung in seinem Kommando bestraft worden. Das Militärgericht befand nun, die Striptease-Show habe nicht gegen die Regeln des Anstandes verstossen.

Hedi Lang Nationalratspräsidentin

(30.11.) Mit einem Prachtsresultat (162 von 178 Stimmen) ist die Zürcher Sozial-

demokratin Hedi Lang zur Nationalratspräsidentin gewählt worden. Genau zehn Jahre nach dem Einzug der ersten Frauen im Eidg. Parlament präsidiert damit zum ersten Mal eine Frau die Volkskammer.

(7.12.) Der Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder in Luzern hat ein ausführungsreifes Projekt für ein Inner-schweizer Frauenhaus in Luzern. Zur Realisierung dieses sechsten Frauenhauses in der Schweiz fehlen noch Geld und eine geeignete Wohnung.

Schärfere Einreisepraxis für Gogo-Girls

(7.12.) Der Bundesrat will die Zulassungspraxis für ausländische Gogo-Girls verschärfen. Zudem sollen die Anstellungsbedingungen und die Unterkunft bei der Bewilligungserteilung strenger geprüft werden. Anlass zur betreffenden parlamentarischen Interpellation hatte der Fall einer philippinischen Gogo-Tänzerin gegeben, die vor dem Westschweizer-Fernsehen über ihre Ausbeutung in einem Zürcher Nachtlokal berichtet hatte. Die Gogo-Girls sind als Artistinnen von den Zulassungsbeschränkungen für Ausländer ausgenommen.

Stimmrecht für Fanaserinnen

(7.12.) In der Bündnergemeinde Fanas (Prättigau) hat die Gemeindeversammlung den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zuerkannt. Damit ist die Vorlage im dritten Anlauf mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen worden.

Alle Psychiater können begutachten

(17.12.) Im Kanton Zürich können ab Januar 1982 alle Psychiater Gutachten für den Abbruch einer Schwangerschaft erstellen. Bisher waren dazu nur jene Psychiater bevollmächtigt, die auch bereit waren, als ausserordentlicher Bezirksadjunkt Gerichtsgutachten zu erstellen. Dadurch war die Zahl der Gutachter für Schwangerschaftsabbrüche gemessen am Bedarf zu gering.

Jurassische Parlamentspräsidentin

(18.12.) Das jurassische Kantonsparlament wird 1982 von einer Frau präsidiert. Fast einstimmig ist Liliane Charmillot (CVP) zur Vorsitzenden gewählt worden.

Haushalt: Sache der Frau

(30.12.) Frauen sind auch heute noch ründ achtmal stärker im Haushalt beschäftigt als Männer. Dies geht aus einer Publikation des Bundesamtes für Statistik hervor. Danach ist es fast ausschliesslich die Frau, die ihren Beruf zugunsten der Familie, insbesondere der Kleinkinder, aufgibt. Und selbst wenn sie berufstätig ist, bleiben die Haushaltsarbeiten vorwiegend ihr überlassen.

Kein Urteil im Ofra-Prozess

(14.1.) Die Ofra ist nicht legitimiert, Verbandsklage gegen den Verantwortlichen des Offizierschiessens auf das Bild einer nackten Frau zu erheben. Dies hat das Berner Obergericht befunden, welches sich auf die Praxis des Bundesgerichtes berief. Eine Verbandsklage ist demzufolge nur im Falle eines Berufs- oder Wirtschaftsverbandes möglich, dessen wirtschaftliche Interessen geschädigt würden. Es kommt somit zu keinem Prozess über das skandalöse Offizierschiessen. Immerhin rügte das Gericht den Verantwortlichen für die "menschenverachtende" Uebung und betonte, es handle sich hier keineswegs um eine "Lappalie", wie dies der Verteidiger in seinem polemischen Plädoyer darzutun versuchte.

Organisation gegen Kindsentführungen

(29.1.) In Biel und Lausanne haben sich Frauen zu einer Organisation gegen Kindesentführungen zusammengeschlossen. Durch den Hungerstreik von zwei Müttern ist das alte Problem der Kindesentführung Ende des letzten Jahres wieder besonders aktuell geworden. Die Frauen hoffen, als Organisation mehr Druck auf die Behörden ausüben zu können, damit in dieser Sache endlich etwas geschehe.

Schwangerschaftsabbruch: Stillstand...

(12.2.) Die Nationalratskommission, die sich mit der parlamentarischen Initiative für eine föderalistische Regelung des Schwangerschaftsabbruchs befasst, beschloss, ihre Arbeit zu sistieren, bis die Volksinitiative "Recht auf Leben" behandelt wird. Dieser Entscheid erfolgte, nachdem der Ständerat die föderalistische

Lösung in der Herbstsession ablehnte, während sie der Nationalrat angenommen hatte.

... neue Initiative

(16.2.) Die Vertreterinnen von 14 Organisationen wollen einen neuen Anlauf zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs unternehmen, nachdem im Parlament die Arbeiten für eine föderalistische Lösung stillgelegt wurden. Die vertretenen Organisationen (darunter SPS, Poch, FDP, Ofra, etc.) sind sich einig, dass eine solche Initiative im Minimum eine Fristenlösung vorsehen soll. Ein verbindlicher Entscheid und die Gründung eines Initiativkomitees sollen im Mai erfolgen.

Yvette Jaggi SPS-Vizepräsidentin

(23.1.) Nationalrätin Yvette Jaggi ist von der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Vizepräsidentin gewählt worden. Damit wurde erstmals in der Geschichte der SPS eine Frau in die obersten Parteinstanzen gewählt. Yvette Jaggi ist Nachfolgerin von Felicien Morel, der nach seiner Wahl in den Freiburger Staatsrat als Vizepräsident der Partei demissionierte.

Francesca Pometta UNO-Beobachterin

(17.2.) Der Bundesrat hat Francesca Pometta zur Chefin der ständigen Beobachtermission der Schweiz bei den Vereinten Nationen in New York ernannt. Frau Pometta leitete seit 1977 mit dem Titel eines Botschafters die Politische Abteilung III im Departement für auswärtige Angelegenheiten. Als UNO-Beobachterin tritt sie die Nachfolge von Botschafter Sigismond Marcuard an.

Stabsstelle für Frauenpolitik

(24.2.) Der Bundesrat ist bereit, zu prüfen, ob die Stabsstelle für Frauenfragen in der Bundesverwaltung zu einer Stabsstelle für Frauenpolitik ausgebaut werden soll. Die bestehende Stabsstelle im Personalamt wurde nur für die Frauen innerhalb der Verwaltung geschaffen, Nationalrat Helmut Hubacher postulierte jedoch für eine Stabsstelle für Frauenpolitik mit echten Kompetenzen,

ähnlich jenen in der Bundesrepublik
Deutschland und in Frankreich. Das Postu-
lat ist vom Bundesrat entgegengenommen
worden.

Übersicht über frauenrelevante Vorstösse in den kantonalen Parlamenten

Die folgende Liste von Vorstössen, die seit Mai letzten Jahres in den Kantonen zu Frauen betreffenden Fragen gemacht wurde, ist leider unvollständig. Sie basiert vorwiegend auf Unterlagen, die uns von Kontaktfrauen in einzelnen Kantonen zugestellt wurden. Solche Kontakte haben wir bis jetzt lediglich in den Kantonen Aargau, Baselstadt, Baselland, Bern, Freiburg, Genf, Jura, Luzern, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, Waadt und Zürich.

Da wir die Rubrik in den nächsten Heften weiterführen und nach Möglichkeit vervollständigen möchten, suchen wir für die verbleibenden Kantone Frauen, die uns regelmässig über die Ereignisse in ihren Kantonsparlamenten informieren. Wenn Sie also diese Aufgabe übernehmen möchten, melden Sie sich beim Sekretariat der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Thunstrasse 20, 3006 Bern, Tel. 031/61.72.95/76/79.

AARGAU

Frau Huber verlangte in ihrem Postulat vom 30. Juni 1981 die Schaffung einer kantonalen Kommission oder Verwaltungsstelle zur Durchsetzung der Gleichberechtigung. Dieses Organ hätte u.a. zur Aufgabe,

- die kantonale Gesetzgebung überprüfen und zu revidieren,
- Vorschläge für die Verbesserung der Situation der Frauen auf allen Gebieten zu machen und
- die Frauen über ihre Rechte zu informieren und ihnen dabei zu helfen, diese Rechte wahrzunehmen.

Der Grosse Rat (L) lehnte das Postulat am 12. Januar 1982 ab.

(L) = Legislative, (E) = Exekutive

Liste d'interventions parlementaires cantonales sur les questions féminines

La liste suivante d'intervention qui ont lieu dans les cantons sur des questions concernant les femmes, est malheureusement incomplète. Elle est basée sur des documents qui nous ont été remis par des informatrices dans divers cantons. Nous n'avons cependant pu établir des contacts de cette nature que dans les cantons ci-après: Argovie, Bâle-Ville et Campagne, Berne, Fribourg, Genève, Jura, Lucerne, Schaffhouse, Soleure, St-Gall, Vaud et Zurich.

Désirant poursuivre et compléter la rubrique dans les prochains cahiers, nous cherchons pour les cantons non couverts des femmes qui nous renseigneraient sur l'actualité parlementaire au niveau cantonal. Les personnes qui aimeraient assumer cette tâche sont priées de s'annoncer au secrétariat de la Commission fédérale pour les questions féminines, Thunstrasse 20, 3006 Berne, Tél. 031/61.92.75/76./79.

* * * * *

BASELSTADT

Am 7. Mai 1981 stellt der Regierungsrat (E) fest, dass drei Vorstösse bezüglich einer klareren Regelung des Pensionierungsalters weiblicher Beamter nicht abschliessend beantwortet werden können, da zuerst die Ergebnisse der 10. AHV-Revision abgewartet werden müssen.

Der Regierungsrat beantwortet am 25. November 1981 vier Vorstösse bezüglich der Stellung der Frau im Kanton, in der kantonalen Verwaltung und bezüglich Verbesserung dieser Situation:

- Der verlangte Bericht über die Stellung der Frau im Kanton wurde vom Soziologischen Seminar der Universität Basel ausgearbeitet und wird trotz Verzögerung Ende 1981 abgeschlossen sein.

- Der Regierungsrat verweist weiter auf eine von der Verwaltung 1978 durchgeführte Erhebung der "Ungleichheiten von Mann und Frau gemäss kantonalem Recht". Darin wurden Ungleichheiten lediglich in Bezug auf das Pensionierungsalter, die nicht existierende Witwenrente, die AHV und die höheren Krankenkassenprämien für die Frauen festgestellt.
- Zur Schaffung einer Dienststelle oder Kommission für Frauenfragen will der Regierungsrat erst Stellung nehmen, wenn der Bericht des Soziologischen Seminars vorliegt.
- In einer verwaltungsinternen Erhebung über den Frauenanteil in den Departementen und Lohnklassen sowie in den Kommissionen und Delegationen wurde eine beträchtliche Untervertretung der Frauen in Kaderstellen, Kommissionen und Delegationen festgestellt.
Der Regierungsrat will nun periodisch an die Chefbeamten appellieren; Frauen vermehrt zu fördern. Er will die Verbände und Interessengemeinschaften, welche die Kommissionen bestellen, auffordern, dem Problem der Untervertretung von Frauen mehr Beachtung zu schenken. Dem Vorschlag, bei der Besetzung von Kaderstellen in der Verwaltung Frauenquoten festzulegen, stimmt er nicht zu. Er ist nur bedingt der Meinung, dass eine Dienststelle für Frauenfragen die Situation der Frauen verbessern könnte und möchte die Erfahrungen des Bundes und des Kantons Jura abwarten.

Am 18. Februar 1982 verabschiedet der Grosse Rat (L) ein neues Bürgerrechtsgesetz, das der Frau ermöglicht, bei Heirat mit einem Ausserkantonalen auf Antrag ihr Basler Bürgerrecht beizubehalten.

BERN

In einer Interpellation vom April 1981 fragt Frau Boehlen die Regierung an, weshalb in Fachkommissionen für Kulturelles die Frauen so stark untervertreten seien.

Der Regierungsrat (E) antwortet am 24. Juni 1981, dass bei Berücksichtigung aller Bestimmungen über die Bestellung von kulturellen Kommissionen "faktisch beträchtlich weniger Frauen zur Verfügung standen. Bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wird der Regierungsrat der Untervertretung der Frauen in den kulturellen Kommissionen wenn immer möglich Rechnung tragen."

Als Antwort auf ein weiteres Postulat erklärt der Regierungsrat, er werde bei Neuwahlen in die Verwaltungsorgane der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen für eine "angemessene Vertretung der Frauen" besorgt sein.

Ein Vorstoss, der vom Kanton besondere Anstrengungen für die berufliche Ausbildung der Mädchen fordert, wird vom Grossen Rat (L) abgelehnt.

Grossrätin Bohren fragt den Regierungsrat in einer Interpellation vom 20. Juli 1981

- welchen Zeitplan er für die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau im Kanton vorsehe,
- welche Massnahmen die Regierung für die Förderung der tatsächlichen Gleichbehandlung ergreifen wolle und
- was die Regierung zur Verwirklichung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit zu unternehmen gedenke.

In seiner Antwort vom 23. Dezember 1981 hält der Regierungsrat fest, die Verantwortung für die rechtliche Gleichstellung liege nur zum Teil beim Kanton, z.T. beim Bund. Für die Ueberarbeitung der kantonalen Gesetzgebung werde eine Kommission eingesetzt. Die faktische Ungleichbehandlung "beruhe weitgehend auf gesellschaftlichen Anschauungen, die der natürlichen Verschiedenheit von Mann und Frau entspringen". Sie könne nicht einfach durch Rechtsnormen beseitigt werden. Das Prinzip der Lohngleichheit sei in der kantonalen Verwaltung bereits realisiert und für den privatwirtschaftlichen Bereich sei wiederum der Bund zuständig. Die kantonalen Gerichte müssten jedoch im Rahmen ihrer Zuständigkeit dem Anspruch auf gleichen Lohn Nachachtung verschaffen.

Das Postulat Boehlen vom August 1981 verlangt die Schaffung einer Stabsstelle für Frauenfragen, die die faktischen und rechtlichen Ungleichheiten zwischen Mann und Frau im Kanton Bern ausmerzen soll.

Der Regierungsrat erklärt sich in seiner Antwort vom 17. November 1981 bereit, in Anlehnung an die Situation beim Bund das Postulat im Sinne der Einsetzung einer Kommission entgegenzunehmen. Die Schaffung einer Stabsstelle lehnt er jedoch ab, da es sich bei der Anpassung der kantonalen Gesetzgebung um eine vorübergehende Aufgabe handle.

Le 9 juin 1981, la commission du Grand Conseil (L) chargée d'examiner le projet de loi de Mme Marti modifiant la loi sur les allocations familiales en faveur des salariés et la motion pour l'amélioration des dispositions légales concernant les femmes enceintes et les accouchées, fait son rapport. Elle propose au Grand Conseil de rejeter le projet de loi et d'accepter la motion qui invite le Conseil d'Etat à user de son droit d'initiative auprès des Chambres fédérales, afin que l'importante question des mesures légales à prendre pour une protection efficace de la maternité soit résolue très rapidement, par:

- la création d'une assurance maternité garantissant
 - la couverture des frais médicaux, pharmaceutiques et hospitaliers résultant de la grossesse et de l'accouchement,
- une indemnité journalière durant la durée du congé maternité;
- l'interdiction du licenciement des femmes enceintes durant la grossesse et le congé maternité;
- un congé maternité d'une durée de 16 semaines.

La motion a été acceptée par le Grand Conseil le 8 octobre 1981.

La motion de Mme Berenstein-Wavre et autres du 25 juin 1981 invite le Conseil d'Etat

1. à dresser un inventaire complet des inégalités juridiques entre hommes et femmes qui figurent dans la législation genevoise - lois et règlements;
2. à proposer les modifications nécessaires pour rendre ces textes conformes au nouvel article 4, alinéa 2, de la constitution fédérale, et d'établir un calendrier à cet effet;
3. à étudier s'il convient de créer un organisme chargé de faciliter l'application de cette égalité dans notre canton."

Elle a été renvoyée au Conseil d'Etat (E), qui n'a pas encore répondu.

L'initiative populaire "pour une véritable politique familiale" a été déposée le 6 juillet 1981. Elle demande à l'Etat de veiller à ce que le rôle de la famille dans la communauté soit renforcé

- en améliorant la situation du logement pour les familles,
- en développant des moyens pour une réelle collaboration entre parents, enseignants et autorités scolaires,
- en modifiant la loi fiscale de manière que la famille soit moins chargée,
- en élevant les allocations familiales pour les familles avec beaucoup d'enfants et pour les parents les plus défavorisés,
- et en adaptant les cotisations pour l'assurance-maladie au revenu imposable.

Dans une question écrite Mme Martin demande au Conseil d'Etat si dans le nouveau manuel d'enseignement de l'allemand les rôles de l'homme et de la femme seront revalorisés.

Dans sa réponse du 30 septembre 1981, le Conseil d'Etat constate que les nouveaux manuels scolaires sont adaptés à la situation sociale actuelle et qu'il devra veiller à ce que les manuels trop anciens ne soient pas conservés et à ce que les nouveaux ouvrages ne reproduisent pas les images traditionnelles.

Dans sa question écrite du 18 septembre 1981, Mme Johner demande si on ne pourrait pas établir un acte de famille pour les femmes divorcées, de nationalité genevoise et ayant des enfants à charge, à fin qu'elles ne doivent pas, chaque fois qu'une démarche doit être entreprise pour leurs enfants, présenter leur jugement de divorce. Le Conseil d'Etat n'a pas encore répondu.

LUZERN

Der Grosse Rat (L) überwies im Oktober 1981 ein Postulat, das die Regierung ersucht, den gleichen Rechten von Mann und Frau in der kantonalen Gesetzgebung Rechnung zu tragen. Bei künftigen Gesetzesrevisionen soll nun der Grundsatz der gleichen Rechte berücksichtigt werden. Ursprünglich war in Form einer Motion eine Aenderung der Kantonsverfassung verlangt worden, was jedoch sowohl Rat wie Regierung ablehnten, da die Bundesverfassung massgebend sei.

SCHAFFHAUSEN

Am 7. März 1982 gelangte das neue Gesetz über Familien- und Sozialzulagen zur Abstimmung. Zur Förderung des Familienschutzes soll - zu Lasten des kantonalen Sozialfonds - u.a. folgende Leistung ausgerichtet werden:

- eine Erwerbsersatzleistung als Ersatz-einkommen für Mütter, die ohne diese Beihilfe aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen wären, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und deshalb ihr Kind in andere Obhut zu geben.

Das persönliche oder das Familieneinkommen darf folgende Grenzen nicht überschreiten:

Alleinstehende Fr. 18'000.- im Jahr, zusammenlebende Eltern Fr. 28'000.- im Jahr. Diese Grenzen erhöhen sich vom 2. Kind an um Fr. 2'000.- je Kind. Der Anspruch beginnt bei der Geburt des Kindes und dauert 2 Jahre. Er erlischt sofort, wenn die Mutter innerhalb der 2 Jahre eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, die die Hälfte eines vollen Arbeitspensums übersteigt. Er erlischt ebenfalls, wenn die Mutter das Kind länger als halbtägig in andere Obhut gibt.

Das Gesetz wurde vom Volk angenommen.

SOLOTHURN

Eine am 22. April 1981 eingereichte Motion der SP verlangt die Ausdehnung der Alimentenbevorschussung auch auf Unterhaltsbeiträge an den erziehungsberechtigten Elternteil (nicht nur Alimente für Kinder). Sie wurde in ein Postulat umgewandelt, welches im September 1981 abgelehnt wurde.

Das Postulat der sozialdemokratischen Fraktion zur Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau vom 15. September 1981 hat folgenden Wortlaut:

"Der Regierungsrat wird eingeladen, folgende Vorkehren zur Gleichstellung der beiden Geschlechter in unserem Kanton zu treffen:

1. Einen Katalog jener Rechtsnormen aufzustellen, welche die beiden Geschlechter ungleich behandeln;
2. ein Rechtsetzungsprogramm zur Beseitigung dieser diskriminierenden Bestimmungen auszuarbeiten;
- 31 eine Studie zur Stellung der Frau in jenen kantonalen Institutionen und Einrichtungen zu erstellen, die im Einflussbereich von Regierung, Parlament und Verwaltung liegen;
- 32 alle aufgrund der Ergebnisse einer solchen Studie sich aufdrängenden Massnahmen zur besseren Stellung der Frau zu treffen;
4. eine kantonale Kommission für Frauenfragen einzusetzen".

In seiner Antwort erklärt sich die Regierung am 23. März 1982 gewillt, das Prinzip der Gleichberechtigung in der Realität durchzusetzen. Unterschiede bestehen zur Zeit bezüglich Pensionsalter, Witwenrente und Haushaltszulagen sowie in Bildung und Steuerrecht. Die Schaffung einer Kommission für Frauenfragen wird jedoch von Regierungsrat und Kantonsrat abgelehnt.

Am 10. November 1981 begründet der Regierungsrat (E) auf eine kleine Anfrage hin seine Stellungnahme zur Sexualstrafrechtsrevision, insbesondere seine Befürwortung der Herabsetzung des Schutzalters auf 14 Jahre. Dafür spreche insbesondere die Beschleunigung der körperlichen und

seelischen Reife und die Tatsache, dass "Kinder im oberen Bereich des Schutzalters häufig selbst die Initiative zu sexuellen Handlungen gegeben hätten".

Die Initiative der SP "Gleiche Ausbildung für Mädchen und Knäben" wurde am 16. Februar 1982 vom Kantonsrat (L) gutgeheissen. Sie verlangt, dass während der obligatorischen Schulzeit das Bildungsangebot für Mädchen und Knaben gleich sein muss und dass ein Mindestmass an Handarbeits-, Handfertigkeits- und Hauswirtschaftsunterricht für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch sei.

Der Regierungsrat wird nun eine Aenderung des Volksschulgesetzes in diesem Sinne vorbereiten.

ST. GALLEN

Frau Caspar-Wittenbach u.a. reichten am 20. Oktober 1981 eine Motion für die Schaffung einer Kaderstelle oder Kommission für Gleichberechtigungs- und Frauenfragen ein, welche bisher nicht behandelt wurde.

VAUD

Le 11 mai, M. René Marguet a déposé une interpellation concernant le travail à temps partiel dans l'administration cantonale. La réponse du Conseil d'Etat contient une petite statistique qui fait apparaître de fortes variations entre les départements. Ce sont surtout des femmes qui travaillent à temps partiel. Le Conseil d'Etat (E) est favorable au travail à temps partiel dans la mesure où il est compatible avec la nature des tâches et n'augmente pas de manière exagérée le coût des postes. Il considère cependant comme impossible de prendre des mesures générales favorisant le travail à temps partiel dans l'administration cantonale.

La motion Mischler du 25 mai 1981 concernant la création d'un bureau à la condition féminine, a été adoptée.

Le 12 février 1982, le Tribunal fédéral a désavoué le Conseil d'Etat vaudois par un arrêt déclarant contraire à la constitution la réglementation de l'accès à l'école secondaire, en vertu de laquelle les garçons sont favorisés afin d'équilibrer le nombre des garçons et celui des filles.

ZÜRICH

Am 1. Februar 1982 wird das Postulat Bautz (Poch) für die Schaffung einer kantonalen Amtsstelle oder Kommission für Frauenfragen im Kantonsrat (L) abgelehnt.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

VL Eine im Februar durchgeführte Umfrage bei den zuständigen Gerichten in Baden, Basel, Bern, Biel, Freiburg, Genf, Lausanne, Luzern, Sion, St. Gallen, Thun und Zürich hat ergeben, dass kein Prozess hängig ist, in dem gestützt auf Art. 4 Abs. 2 BV gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit eingeklagt wird.

Einzig beim Berner Arbeitsgericht hat eine auf den Besoldungsgrundlagen der städtischen Verwaltung privatrechtlich angestellte Frau ihren Anspruch auf Ausrichtung der Familienzulage eingeklagt. Die Familienzulage wird den verheirateten männlichen Bediensteten - im Gegensatz zu den weiblichen - voraussetzungslos ausbezahlt.

Zeichenerklärung:

Erste Zahl = Ordnungsnummern
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-
nummern der Geschäfte

- N behandelt vom Nationalrat
S behandelt vom Ständerat
n Erstbehandlung beim Nationalrat
s Erstbehandlung beim Ständerat
D Dringlich
SV Schriftliches Verfahren
* neue Geschäfte
x erledigt.

Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

Wintersession 1981

(9. Tagung der 41. Legislaturperiode)

Vom Montag, 30. November bis Freitag, 18. Dezember 1981

Sitzungen des Nationalrates: 30. November, 1., 2., 3., 7., 8., 9., 10., 14., 15., 16.
(11), 17. und 18. Dezember (14 Sitzungen)

Sitzungen des Ständerates: 30. November, 1., 2., 3., 7., 8., 9., 10., 15., 16., 17.
und 18. Dezember (12 Sitzungen)

Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung: 9. Dezember

Standesinitiativen

24/81.202 n Initiative Genf. Schutz der Mutterschaft, vom 1. Juli 1981

Der Kanton Genf beantragt, die gesetzlichen Bestimmungen für einen wirksamen Mutterschaftsschutz zu verbessern.

N Egli, Allenspach, Augsburg, Basler, Borel, Bratschi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuenburg, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösli, Jelmini, Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Müller-Bern, Ogi, Pini, Reimann, Ribl, Segmüller, Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

24/81.202 n Initiative du canton de Genève. Protection efficace de la maternité, du 1^{er} juillet 1981

Le canton de Genève propose d'améliorer les dispositions légales visant à protéger efficacement la maternité.

N Egli, Allenspach, Augsburg, Basler, Borel, Bratschi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösli, Jelmini, Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Müller-Berne, Ogi, Pini, Reimann, Ribl, Segmüller, Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

Parlamentarische Initiativen

31/77.231 n Familienpolitik (Nanchen), vom 13. Dezember 1977

Gemäss Artikel 21^{sexies} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrats reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

In Anwendung von Artikel 34^{quinquies} und gestützt auf Artikel 34^{ter} Absatz 1 Buchstaben a und g, Artikel 34^{novies} Absatz 3 und Artikel 64 der Bundesverfassung erlässt der Bund gesetzliche Bestimmungen zur Schaffung eines wirklichen Familienschutzes.

Diese Bestimmungen sollen insbesondere die folgenden Massnahmen vorsehen:

1. Die Einrichtung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung, die nach dem Modell der AHV finanziert wird.
 - 1.1 Diese Versicherung deckt die durch Schwangerschaft und Niederkunft entstandenen Kosten für die Pflege durch den Arzt und medizinische Hilfspersonen sowie für Arzneimittel und Spitalaufenthalt.
 - 1.2 Sie gewährt während eines 16wöchigen Mutterschaftsurlaubs, von dem 10 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft entfallen, ein Taggeld. Dieses beträgt für Arbeitnehmerinnen mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns und für nicht-erwerbstätige Frauen gleich viel wie der Erwerbsersatz für Nichterwerbstätige im Militärdienst.
 - 1.3 Ein solches Taggeld erhält auch die-erwerbstätige Mutter oder der erwerbstätige Vater, wenn sie oder er zur Pflege eines kranken Kindes zu Hause bleiben muss.
 - 1.4 Ist der Mutterschaftsurlaub abgelaufen oder wird ein Kleinkind zur späteren Adoption in Pflege genommen, so kann, wenn beide Eltern erwerbstätig sind, der Mutter oder dem Vater ein Elternurlaub gewährt werden. Dieser Urlaub dauert höchstens neun Monate und gibt Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich 80 Prozent des entgangenen Lohns ausmacht.
2. Den Schutz der schwangeren Frau vor Kündigung des Arbeitsvertrags. Der Kündigungsschutz wird auch Frauen und Männern in den Fällen der Ziffern 1.2, 1.3 und 1.4 gewährt, und die aufgrund des Arbeitsvertrags erworbenen Rechte bleiben in diesen Fällen gewahrt.
3. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und der Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben.
4. Die Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung für die Erwerbstätigen, die insbesondere einen interkantonalen Ausgleich vorsieht.

N Eggli, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Blunschy, Cotti, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingsen, Füg, Lang, Meier Josi, Morf, Nauer, Nef, Ogi, Risi-Schwyz, Roth, Schnyder-Bern, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwygart (23)

1978 18. April: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus bis zum Erscheinen der Botschaft über die Volksinitiative.

31/77.231 n Politique familiale (Nanchen), du 13 décembre 1977

Conformément à l'article 21 ^{sexies} de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une proposition conçue en termes généraux.

En application de l'article 34 ^{quater} et sur la base des articles 34^{ter}, 1^{er} alinéa, lettres a et g, 34^{novies}, 3^e alinéa, et 64 de la constitution fédérale, des dispositions légales seront édictées en vue de la mise en œuvre d'une protection réelle de la famille.

Ces dispositions comprendront notamment les mesures suivantes:

1. La création d'une assurance-maternité obligatoire, qui sera financée selon le modèle de l'AVS.

1.1 Cette assurance couvrira les frais médicaux, paramédicaux, pharmaceutiques et hospitaliers occasionnés par la grossesse et l'accouchement.

1.2 Durant un congé de maternité de 16 semaines dont 10 après l'accouchement, elle garantira le versement d'une indemnité journalière qui correspondra, pour les travailleuses, au moins à 80% du salaire perdu, et, pour les femmes n'exerçant pas d'activité lucrative, qui sera égale au montant de l'allocation pour perte de gain revenant aux personnes non actives qui effectuent un service militaire.

1.3 Une même indemnité sera également versée à l'un des parents salariés lorsque la présence de la mère ou du père est requise auprès d'un enfant malade.

1.4 A l'échéance du congé de maternité ou lors de la prise en charge d'un enfant en bas âge en vue d'adoption, un congé parental pourra être accordé à la mère ou au père lorsque chacun d'eux est salarié. Ce congé pourra s'étendre au plus sur une durée de 9 mois et donnera droit à une indemnité correspondant en principe à 80% du salaire perdu.

2. La protection des femmes enceintes contre la résiliation du contrat de travail, la même protection étant accordée aux femmes et aux hommes dans les cas mentionnés sous chiffre 1.2, 1.3 et 1.4, ainsi que le maintien dans les mêmes cas des droits acquis découlant du contrat de travail.

3. L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales.

4. L'institution d'un régime fédéral d'allocations familiales aux salariés prévoyant notamment une compensation intercantonale.

N Eggli, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Blunschy, Cotti, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingsen, Füg, Lang, Meier Josi, Morf, Nauer, Nef, Ogi, Risi-Schwyz, Roth, Schnyder-Berne, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwygart (23)

1978 18 avril: La commission suspend ses travaux jusqu'au dépôt du message sur l'initiative populaire.

41/79.230 n Bürgerrecht der Kinder mit Schweizer Mutter und ausländischem Vater (Christinat), vom 1. Oktober 1979

Gestützt auf Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes beantrage ich, die Artikel 5 und 57 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 29. September 1952 wie folgt zu ändern:

Art. 5 Abs. 1a

a. wenn die Mutter Schweizer Bürgerin ist.

Art. 57 Abs. 6

⁶ Hat das Kind eines ausländischen Vaters und einer schweizerischen Mutter im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1976 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches das 23. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, so kann es vom 1. Januar 1980 an innert eines Jahres bei der zuständigen Behörde des Heimatkantons der Mutter die Anerkennung als Schweizer Bürger beantragen. Artike 34 ist sinngemäss anzuwenden.

N Zbinden, Akeret, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kohler Raoul, Kopp, Lang, Leuenberger, Lüchinger, Müller-Aargau, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18. September: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus, bis die Botschaft des Bundesrates zur Revision von Artikel 44 Absatz 3 BV vorliegt.

41/79.230 n Nationalité des enfants de mère suisse et de père étranger (Christinat), du 1^{er} octobre 1979

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose que les articles 5 et 57 de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse, du 29 septembre 1952, soient modifiés comme suit:

Art. 5, 1^{er} al., let. a

a. lorsque la mère est citoyenne suisse

Art. 57, 6^e al.

² Si l'enfant d'un père étranger et d'une mère suisse n'a pas encore atteint l'âge de 23 ans révolus lors de l'entrée en vigueur de la loi fédérale du 25 juin 1976, modifiant le Code civil suisse, il peut, à partir du 1^{er} janvier 1980 et dans le délai d'une année, demander à l'autorité compétente du canton d'origine de sa mère, de reconnaître sa citoyenneté suisse.

L'article 34 est applicable par analogie.

N Zbinden, Akeret, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kohler Raoul, Kopp, Lang, Leuenberger, Lüchinger, Müller-Argovie, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18 septembre: La commission suspend ses délibérations jusqu'à la parution du message du Conseil fédéral concernant la revision de l'article 44, 3^e alinéa, de la constitution fédérale.

52/81.222 n Schwangerschaftsabbruch (Nationalrat), vom 10. März 1981 (siehe Geschäft Nr. 78.222).

Bericht und Anträge der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979 (BBl II, 1037) zu den parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen zum Schwangerschaftsabbruch.

Stellungnahme und Gesetzesentwurf des Bundesrates vom 29. September 1980 (BBl III, 1047).

N Grobet, Barras, Blocher, Blunschy, Christinat, Deneys, Frey-Neuenburg, Füg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Lang, Meier Kaspar, Nef, Ribi, Roth, Schär, Segmüller, Spreng, Wagner, Ziegler-Solothurn (23)

S Bühler, Andermatt, Bauer, Dobler, Dohzè, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl (15)

A. Schweizerisches Strafgesetzbuch
Änderung vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 64^{bis} der Bundesverfassung, nach Prüfung verschiedener parlamentarischer Initiativen und Standesinitiativen, nach Einsicht in den Bericht der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979¹⁾ und die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 1980²⁾, beschliesst:

I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch³⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 121^{bis} Abbruch der Schwangerschaft innert der ersten zwölf Wochen

¹ Die Kantone können durch ein Gesetz bestimmen, dass der Abbruch der Schwangerschaft nicht strafbar ist, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen nach der letzten Periode ausgeführt wird.

² Ausserdem müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- Der Eingriff muss durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt ausgeführt werden;
- Die Schwangere muss dem Eingriff schriftlich zustimmen; ist sie nicht urteilsfähig, so ist die schriftliche Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters erforderlich;
- Die Schwangere hat sich mindestens eine Woche vor einem allfälligen Eingriff durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt oder durch eine kantonal anerkannte Beratungsstelle beraten zu lassen.

³ Der nach den Absätzen 1 und 2 straflose Schwangerschaftsabbruch bleibt auf dem ganzen Gebiet der Schweiz straflos.

Art. 121^{ter} Nichtbeachtung des Artikels 121^{bis}

1. Der Arzt, der aus einem der gesetzlich anerkannten Gründe die Schwangerschaft abbricht, ohne dass die Zustimmung der Schwangeren oder ihres gesetzlichen Vertreters schriftlich vorliegt, ohne diplomiert und in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassen zu sein, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 121^{bis} Absatz 2 Buchstabe c zu beachten, wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Haft oder Busse bestraft. Bei Rückfall kann er mit Gefängnis bestraft werden.

¹⁾ BBl 1979 II 1037

²⁾ BBl 1980 III 1047

³⁾ SR 311.0

2. Der Arzt, der grob fahrlässig annimmt, es liege ein gesetzlich anerkannter Grund vor, und die Schwangerschaft zu Unrecht abbricht, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

Art. 121^{quater} Meldung der Eingriffe

Der Bundesrat erlässt nach Anhören der Kantone Bestimmungen über die Meldung der Eingriffe an das Bundesamt für Statistik.

Art. 121^{quinquies} Weigerung aus Gewissensgründen
Niemand ist verpflichtet, bei der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches mitzuwirken, wenn er dies aus Gewissensgründen nicht verantworten kann. Die Weigerung ist ohne Verzug bekanntzugeben.

Art. 211
Streichen

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

1981 23. September: Der Ständerat beschliesst, auf dieses Bundesgesetz nicht einzutreten.

B. Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen

Bundesblatt III; 242; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

C. Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung

Bundesblatt III, 240; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

52/81.222 // Interruption de la grossesse (Conseil national), du 10 mars 1981 (voir objet n° 78.222).

Rapport et propositions de la commission du Conseil national du 27 août 1979 (FF II, 1021) concernant les initiatives parlementaires et initiatives des cantons sur l'interruption de la grossesse.

Avis du Conseil fédéral et projet de loi du 29 septembre 1980 (FF III, 1050).

N Grobet, Barras, Blocher, Blunschy, Christinat, Deneys, Frey-Neuchâtel, Füeg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Lang, Meier Kaspar, Nef, Ribl, Roth, Schär, Segmüller, Spreng, Wagner, Ziegler-Soleure (23)

E Bühler, Andermatt, Bauer, Dobler, Donze, Gadiet, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl (15)

A. Code pénal suisse

Modification du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'article 64^{bis} de la constitution;
après examen de diverses initiatives parlementaires et cantonales;
vu le rapport du 27 août 1979 d'une commission du Conseil national¹⁾;
vu l'avis du Conseil fédéral du 29 septembre 1980²⁾,
arrête:

I

Le code pénal suisse³⁾ est modifié comme il suit:

¹⁾ FF 1979 II 1021

²⁾ FF 1980 III 1050

³⁾ RS 311.0

Art. 121^{bis} Interruption de la grossesse pendant les douze premières semaines

¹ Les cantons peuvent prévoir par une loi que l'interruption de la grossesse n'est pas punissable lorsqu'elle est pratiquée dans les douze semaines après le début des dernières règles.

² En outre, les conditions suivantes doivent être remplies:

- L'interruption doit être pratiquée par un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse;
- La personne enceinte doit consentir par écrit à l'intervention; si elle est incapable de discernement, le consentement écrit de son représentant légal est requis;
- La personne enceinte doit consulter, au moins une semaine avant l'éventuelle intervention, un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse ou un centre de consultation reconnu par un canton.

³ Une interruption de grossesse qui n'est pas punissable selon les alinéas 1 et 2 ne peut faire l'objet de poursuite

Art. 121^{er} Inobservation de l'article 121^{bis}

¹ Le médecin qui, dans l'un des cas prévus par la loi, aura interrompu une grossesse, sans que le consentement de la personne enceinte ou de son représentant légal n'ait été donné par écrit, sans être diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse,

sans respecter les conditions prévues à l'article 121^{bis} alinéa 2 lettre c,

sera puni, s'il a agi intentionnellement, des arrêts ou de l'amende. En cas de récidive, il pourra être puni de l'emprisonnement.

² Le médecin qui aura admis, par une négligence grave, qu'il existe un motif reconnu par la loi et aura indûment interrompu la grossesse sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 121^{quater} Communication des interventions

Après consultation des cantons, le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la communication des interventions à l'Office fédéral de la statistique.

Art. 121^{quinquies} Refus pour des raisons de conscience

Nul n'a l'obligation de collaborer à l'exécution d'une interruption de grossesse lorsqu'il ne peut en prendre la responsabilité pour des raisons de conscience. Le refus doit être annoncé sans délai.

Art. 211

Biffer

¹ La présente loi est soumise au référendum facultatif.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

1981 23 septembre: Le Conseil des Etats décide de ne pas entrer en matière sur cette loi.

B. Loi fédérale sur les centres de consultation en matière de grossesse

Feuille fédérale III, 218; délai d'opposition: 18 janvier 1982

C. Loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents

Feuille fédérale III, 216; délai d'opposition 18 janvier 1982

Vorlagen des Bundesrates**Justiz- und Polizeidepartement****82/79.043 s ZGB. Ehwirkungen und Güterrecht**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 11. Juli 1979 (BBl II, 1191) über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht).

N Gerwig, Alder, Ammann-St. Gallen, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Deneys, Dürr, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Häggingen, Füg, Gehler, Girard, Kaufmann, Kopp, Lang, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Josi, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (*erweiterte Kommission*) (30)

S Dillier, Arnold, Bauer, Baumberger, Cavelti, Dobler, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner (13)

1981 19. März. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

82/79.043 é Code civil. Effets du mariage et régime matrimonial

Message et projet de la loi du 11 juillet 1979 (FF II, 1179) concernant la révision du code civil suisse (Effets généraux du mariage, régimes matrimoniaux et successions).

N Gerwig, Alder, Ammann-Saint-Gall, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Deneys, Dürr, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Häggingen, Füg, Gehler, Girard, Kaufmann, Kopp, Lang, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Josi, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (*commission élargie*) (30)

E Dillier, Arnold, Bauer, Baumberger, Cavelti, Dobler, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner (13)

1981 19 mars. Décision du Conseil des Etats modifiant le projet du Conseil fédéral.

Persönliche Vorstösse

Nationalrat

239/80.543 P Dafflon - 10. AHV-Revision (8. Oktober 1980)

Vor wenig mehr als einem Jahr wurden Teilergebnisse einer Untersuchung über die Verhältnisse der AHV- und IV-Rentner veröffentlicht. «Enthüllungen» im Anschluss an diese Veröffentlichung liessen glauben, das jährliche Durchschnittseinkommen der Rentner erreiche 30 000 und ihr Durchschnittsvermögen 200 000 Franken.

Vor kurzem veröffentlichte nun die Universität Bern die gesamten Ergebnisse ihrer Untersuchung. Diese zeigen nicht nur, dass 80 Prozent der Rentner die Rente brauchen, sondern auch, dass 20 Prozent aller Rentner für ihren Lebensunterhalt auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind oder wären.

Auch wenn heute viele Leute im AHV-Alter wohlhabend sind, so erhalten doch nicht weniger als 50 Prozent der Rentner bescheidene AHV/IV-Renten. In Anbetracht der Umstände fordern wir den Bundesrat auf, bei der 10. AHV-Revision:

- a. Eine spürbare Erhöhung der niedrigsten AHV/IV-Renten vorzusehen; die Erhöhung soll nach oben abnehmen und nur soweit gehen, bis zwei Drittel der Höchstreue der betreffenden Kategorie erreicht sind.
- b. Die Renten, deren Betrag nicht mehr als zwei Drittel der Höchstreue der betreffenden Kategorie ausmacht, von der Besteuerung auszunehmen.
- c. Zu bestimmen, dass das AHV-Alter alle drei Jahre um ein Jahr gesenkt wird. Mit dieser Massnahme soll das AHV-Alter für alle Versicherten auf 60 Jahre herabgesetzt werden.
- d. Diese Verbesserungen auch ins Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen einzuführen.

Mitunterzeichner: Carobbio, Crevoisier, Forel, Herczog, Mascarin, (Vincent) (6)

239/80.543 P Dafflon - 10^e révision de l'AVS (8 octobre 1980)

Il y a un peu plus d'une année, des «révélations» faites à la suite de la publication des résultats partiels d'une enquête sur les conditions des rentiers AVS/AI, faisaient croire que le revenu annuel moyen du rentier atteignait 30 000 francs et sa fortune 200 000 francs.

L'Université de Berne vient de publier les résultats complets de son enquête. Ces derniers démontrent que non seulement le 80 pour cent des rentiers ont besoin de la rente pour vivre, mais que plus de 20 pour cent de tous les rentiers doivent ou devraient avoir recours aux prestations complémentaires pour subsister.

S'il est vrai qu'un grand nombre de contribuables riches sont arrivés à l'âge de l'AVS, il n'en reste pas moins que plus du 50 pour cent des rentiers reçoivent des rentes AVS/AI modestes. Compte tenu de cette situation, le Conseil fédéral, à l'occasion de la 10^e Révision de l'AVS/AI, est invité:

- a. A prévoir l'augmentation sensible des rentes AVS/AI les plus basses. L'amélioration sera dégressive et s'arrêtera lorsqu'on atteindra les deux tiers du montant de la rente maximum de la catégorie concernée.
- b. A décréter l'exonération fiscale des rentes AVS/AI dont le montant ne dépasse pas les deux tiers de la rente maximum de la catégorie concernée.
- c. A décider d'abaisser d'une année tous les trois ans, l'âge ouvrant le droit à la rente. Cette mesure ayant pour but de ramener à 60 ans l'âge donnant droit à la rente AVS pour tous les assurés.
- d. De reprendre ses améliorations dans la loi sur les prestations complémentaires.

Cosignataires: Carobbio, Crevoisier, Forel, Herczog, Mascarin, (Vincent) (6)

242/81.576 P Deneys - Berufsbildung. Chancengleichheit für Mädchen und Knaben (10. Dezember 1981)

Der Bundesrat wird eingeladen, mit allen geeigneten Massnahmen möglichst rasch die Chancengleichheit für Mädchen und Knaben in der Berufsbildung herbeizuführen.

Er soll insbesondere:

- bei den Arbeitgebern durchsetzen, dass sie bei der Besetzung von Lehrstellen niemanden benachteiligen;
- für die Mädchen, die wegen einer solchen Benachteiligung auf eine Lehrstelle verzichten mussten, eine Stelle schaffen, die ihnen weiterhilft;
- die Information der künftigen Lehrtöchter über die handwerklichen und technischen Berufszweige verbessern;
- ihre berufliche Eingliederung in diese Erwerbszweige fördern.

Mitunterzeichner: Affolter, Ammann-St. Gallen, Bäumlin, Blunschy, Borel, Braunschweig, Bundi, Christinat, Duvoisin, Eggenberg-Thün, Euler, Ganz, Gerwig, Girard, Grobet, Jaggi, Leuenberger, Loetscher, Mauch, Meier Josi, Meizoz, Merz, Morel, Morf, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Petitpierre, Reimann, Robbiani, Rothen, Schmid, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon, Zehnder, Ziegler-Genf (38)

242/81.576 P Deneys - Formation professionnelle. Egalité des chances entre filles et garçons (10 décembre 1981)

Le Conseil fédéral est invité à prendre toutes les mesures utiles en vue de réaliser, le plus rapidement possible, l'égalité des chances entre filles et garçons dans le domaine de la formation professionnelle.

Il doit notamment s'engager à:

- obtenir des employeurs qu'ils abandonnent toute pratique discriminatoire lorsqu'ils disposent de places d'apprentissage;
- mettre à la disposition des jeunes filles, qui auraient dû renoncer à une place d'apprentissage en raison d'une telle discrimination, un service d'aide;
- améliorer l'information des futures apprenties sur les professions des secteurs artisanal et technique;
- favoriser leur insertion professionnelle dans ces secteurs.

Cosignataires: Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bäumlin, Blunschy, Borel, Braunschweig, Bundi, Christinat, Duvoisin, Eggenberg-Thoune, Euler, Ganz, Gerwig, Girard, Grobet, Jaggi, Leuenberger, Loetscher, Mauch, Meier Josi, Meizoz, Merz, Morel, Morf, Müller-Berne, Nauer, Neukomm, Petitpierre, Reimann, Robbiani, Rothen, Schmid, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon, Zehnder, Ziegler-Genève (38)

261/80.306 P Grobet - Steuererklärungen von Ehepaaren (3. März 1980)

Der Bundesrat wird eingeladen, eine Änderung der Bestimmungen über die Erhebung der Wehrsteuer vorzubereiten, wonach die Steuererklärung von Ehepaaren von beiden Ehegatten unterzeichnet sein muss, damit insbesondere die Frau den Inhalt einer Erklärung kennt, von der sie gleich betroffen ist wie ihr Mann.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Baechtold, Bäumlin, Bircher, Bratschi, Carobbio, Chopard, Christinat, Crevoisier, Deneys, Duvoisin, Gloor, Hubacher, Jaggi, Lang, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Neukomm, Reiniger, Renschler, Riesen-Freiburg, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Vannay (28)

261/80.306 P Grobet – Déclarations d'impôts de conjoints
(3 mars 1980)

Le Conseil fédéral est invité à élaborer une modification des dispositions légales sur la perception d'un impôt pour la défense nationale dans le but de prévoir que les déclarations d'impôts concernant les couples soient signées par les deux conjoints, dans le but notamment que l'épouse soit informée du contenu d'une déclaration qui la concerne au même titre que son mari.

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bacchold, Bäumlín, Bircher, Bratschi, Carobbio, Chopard, Christinat, Crevoisier, Deneys, Duvoisin, Gloor, Hubacher, Jaggi, Lang, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Neukomm, Reiniger, Renschler, Riesen-Fribourg, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Vannay (28)

265/81.542 M Grobet – Krankenversicherung. Prämien-gleichheit für Männer und Frauen (30. November 1981)

Aufgrund der Volksabstimmung über die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird der Bundesrat ersucht, mit entsprechenden Massnahmen dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer gleich hohe Krankenkassenprämien bezahlen.

Mitunterzeichner: Affolter, Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thun, Egli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genf (25)

265/81.542 M Grobet – Assurance-maladie. Egalité entre les hommes et les femmes (30 novembre 1981)

Pour faire suite au vote populaire sur l'égalité des droits entre les hommes et les femmes, le Conseil fédéral est invité à prendre les mesures nécessaires pour assurer une égalité du montant des cotisations aux caisses-maladie entre les hommes et les femmes.

Cosignataires: Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bäumlín, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thoune, Egli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Berne, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genève (25)

288/81.910 P Hubacher – Frauenpolitik. Stabsstelle
(17. Dezember 1981)

Der Bundesrat wird ersucht, zu prüfen, ob die neu geschaffene «Stabsstelle für Frauenfragen in der Bundesverwaltung» nicht zu einer eigentlichen Stabsstelle für Frauenpolitik ausgebaut werden kann?

Mitunterzeichner: Affolter, Christinat, Deneys, Gerwig, Jaggi, Leuenberger, Meier Werner, Morel, Neukomm, Reimann, Robbiani, Uchtenhagen, Vannay (13)

288/81.910 P Hubacher – Politique de la condition féminine. Organe fédéral (17 décembre 1981)

Le Conseil fédéral est invité à examiner si le Bureau de la condition féminine de l'administration fédérale, qui a été récemment créé, ne pourrait pas être transformé en un organe véritablement responsable de la politique de la condition féminine.

Cosignataires: Affolter, Christinat, Deneys, Gerwig, Jaggi, Leuenberger, Meier Werner, Morel, Neukomm, Reimann, Robbiani, Uchtenhagen, Vannay (13)

× 322/81.497 M Lüchinger – OR. Ehevermittlung
(1. Oktober 1981)

Der Bundesrat wird eingeladen, durch eine Änderung des Schweizerischen Obligationenrechts die Nicht-Klagbarkeit von Honorar- und Kostenansprüchen aus gewerbmässiger Ehevermittlung aufzuheben und das Vertragsverhältnis der Ehevermittlung privatrechtlich in möglichst knapper Weise so zu ordnen, dass eine seriöse Vermittlungstätigkeit gefördert wird.

Mitunterzeichner: Allenspach, Aregger, Aubry, Basler, Bremi, de Capitani, Couchepin, Delamuraz, Eng, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglín, Frei-Romanshorn, Füeg, Houmard, Huggenberger, Jost, Kaufmann, Kopp, Künzi, Landolt, Lang, Linder, Loretan, Meier Kasper, Müller-Aargau, Müller-Balsthal, Nef, Neukomm, Oehler, Oester, Reichling, Ribí, Roth, Schalcher, Schüle, Schwarz, Spreng, Steinegger, Stucky, Weber-Schwyz, Weber-Arbon, Wyss (42)

1981 18. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird in nachstehender Form eines Postulates angenommen:

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, durch eine Änderung ...

× 322/81.497 M Lüchinger – CO. Agencés matrimoniales
(1^{er} octobre 1981)

Le Conseil fédéral est invité à prévoir une modification du code des obligations qui lève l'interdiction d'ester en justice pour obtenir le paiement des honoraires et des débours résultant des prestations des agences matrimoniales et à arrêter des dispositions de droit civil qui réglementent aussi succinctement que possible les contrats passés avec ces agences, aux fins d'encourager une activité sérieuse de ces établissements.

Cosignataires: Allenspach, Aregger, Aubry, Basler, Bremi, de Capitani, Couchepin, Delamuraz, Eng, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglín, Frei-Romanshorn, Füeg, Houmard, Huggenberger, Jost, Kaufmann, Kopp, Künzi, Landolt, Lang, Linder, Loretan, Meier Kasper, Müller-Argovie, Müller-Balsthal, Nef, Neukomm, Oehler, Oester, Reichling, Ribí, Roth, Schalcher, Schüle, Schwarz, Spreng, Steinegger, Stucky, Weber-Schwyz, Weber-Arbon, Wyss (42)

1981 18 décembre. Décision du Conseil national: La motion est adoptée sous la forme d'un postulat ainsi conçu:

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne serait pas indiqué de prévoir ...

323/80.368 M Mascarín – Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit (17. März 1980)

Im Anschluss an die Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Morf vom 18. April 1978 wird der Bundesrat gebeten, im Rahmen seiner verfassungsmässigen Kompetenz dem Parlament die nötigen Gesetzesergänzungen und Gesetzesänderungen zu unterbreiten, damit der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» sowohl für die Privatwirtschaft als auch für die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen verbindlich wird.

Mitunterzeichner: Christinat, Deneys, Jaggi, Lang, Morf, Spiess, Vannay (7)

323/80.368 M Mascarín – A travail égal, salaire égal
(17 mars 1980)

Me référant à la réponse qu'il a donnée à l'interpellation Morf le 18 avril 1979, je charge le Conseil fédéral, dans les limites de ses compétences constitutionnelles, de soumettre au Parlement les compléments et modifications de loi permettant d'imposer à l'économie privée ainsi qu'aux administrations et établissements publics, l'obligation d'appliquer le principe «à travail égal, salaire égal».

Cosignataires: Christinat, Deneys, Jaggi, Lang, Morf, Spiess, Vannay (7)

324/80.565 P Mascarin – 10. AHV-Revision
(1. Dezember 1980)

Der Bundesrat wird ersucht dafür zu sorgen, dass im Zuge der 10. AHV-Revision keinerlei Verschlechterungen gegenüber dem Status quo vorgenommen werden, d.h. die Einführung des flexiblen Rentenalters darf nicht auf Kosten der Erhöhung des Rentenalters und die formale Gleichstellung der Frau nicht auf Kosten der Rentenhöhe oder Rentenansprüche erfolgen.

Mitunterzeichner: Carobbio, Crevoisier, Herczog, (Vincent) (4)

324/80.565 P Mascarin – 10^e revision de l'AVS
(1^{er} décembre 1980)

Le Conseil fédéral est invité à veiller à ce que la 10^e révision de l'AVS ne provoque aucune altération des prestations par rapport à la situation actuelle. En d'autres termes, l'adoption d'une réglementation plus souple concernant l'âge donnant droit aux rentes AVS ne doit pas provoquer un relèvement de cet âge; de même, l'égalité assurée à la femme sur le plan formel ne doit pas entraîner une réduction du montant des rentes ou une détérioration du droit à la rente.

Cosignataires: Carobbio, Crevoisier, Herczog, (Vincent) (4)

326/81.522 P Meier Josi – Finanzreform und Familienbesteuerung
(8. Oktober 1981)

Das noch geltende Wehrsteuerrecht benachteiligt – und daran ändert die Annahme der Finanzvorlage im November 1981 nichts – die Ehepaare gegenüber unverheirateten Paaren mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Der Bundesrat wird eingeladen, im Hinblick auf kommende Revisionsvorlagen und das zukünftige Steuerharmonisierungsgesetz den Räten Bericht und Antrag für eine Familienbesteuerung vorzulegen, welche die bestehende Diskriminierung aufhebt und für Verheiratete mit Kindern anstelle geringfügiger Abzüge einen den Familienlasten angemessenen Spezialtarif einführt.

Mitunterzeichner: Blunschy, Columberg, Dürr, Feigenwinter, Frei-Romanshorn, Huggenberger, Jelmini, Kühne, Müller-Luzern, Nussbaumer, Oehler, Scherer, Schnider-Luzern, Segmüller, Ziegler-Solothurn (15)

326/81.522 P Meier Josi – Réforme des finances et imposition de la famille
(8 octobre 1981)

L'actuel régime de l'impôt fédéral direct défavorise les couples mariés par rapport aux personnes ayant la même capacité financière qui vivent en concubinage. Le nouveau régime financier, s'il est accepté en novembre 1981, ne changera rien à cette situation.

Eu égard aux projets de réforme qui nous seront soumis prochainement et à la future loi sur l'harmonisation fiscale, le Conseil fédéral est invité à présenter aux Chambres un rapport assorti de propositions tendant à instaurer un régime d'imposition de la famille qui supprime la discrimination sus-mentionnée et remplace les défalcons minimes consenties aux couples ayant des enfants par un tarif spécial qui tient compte des charges familiales.

Cosignataires: Blunschy, Columberg, Dürr, Feigenwinter, Frei-Romanshorn, Huggenberger, Jelmini, Kühne, Müller-Lucerne, Nussbaumer, Oehler, Scherer, Schnider-Lucerne, Segmüller, Ziegler-Soleure (15)

386/81.903 M Roy – Familienzulagen. Allgemeine Einführung
(16. Dezember 1981)

Aus Gründen der Solidarität und Billigkeit und unter Berufung auf den vom Bundesrat schon oft bekundeten festen Willen, die Rechte der Familie zu schützen und auszubauen, bitten wir den Bundesrat, Mittel und Wege für die allgemeine Einführung der Familienzulagen zu prüfen.

386/81.903 M Roy – Allocations familiales. Généralisation
(16 décembre 1981)

Nous fondant sur les principes de solidarité et d'équité; nous référant en outre à la ferme volonté, maintes fois manifestée par le Conseil fédéral, de sauvegarder et de promouvoir les droits de la famille, nous prions le gouvernement d'étudier les voies et moyens permettant la généralisation des allocations familiales.

× **399/79.591 I Uchtenhagen – «Gen-Biologie»**
(13. Dezember 1979)

Der Bundesrat wird ersucht, sich über Ausmass und Gefahr der in der Schweiz betriebenen Gen-Biologie, insbesondere der Gen-Manipulation, zu äussern und mitzuteilen, ob er – wie andere Industriestaaten – ein Gesetz zum Schutz vor Gefahren der Gen-Technologie vorbereitet.

1981 18. Dezember: Die Interpellation wird abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig.

× **399/79.591 I Uchtenhagen – Génétique** (13 décembre 1979)

Le Conseil fédéral est invité à se prononcer sur l'importance et les dangers de la génétique qui est pratiquée en Suisse, notamment sur la manipulation de celle-ci, et à dire si, comme dans d'autres pays industrialisés, il entend élaborer une loi visant à nous préserver des dangers que comporte la technologie en la matière.

1981 18 décembre: L'interpellation, en suspens depuis plus de deux ans, est classée.

Ständerat

450/81.565 M Lieberherr – Forschungsprogramm «Familie im sozialen Wandel» (2. Dezember 1981)

Der Bundesrat ist eingeladen, dem Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ein Nationales Forschungsprogramm unter dem Titel «Familie im sozialen Wandel» zur Durchführung zu überantworten.

Mitunterzeichner: Belser, Bühler, Donzé, Gassmann, Meylan, Miville, Piller, Weber. (8)

450/81.565 M Lieberherr – Programme de recherche «La famille face au changement social» (2 décembre 1981)

Le Conseil fédéral est chargé de confier au Fond national suisse de la recherche scientifique le soin de mettre à exécution un programme national de recherche intitulé «la famille face au changement social».

Cosignataires: Belser, Bühler, Donzé, Gassmann, Meylan, Miville, Piller, Weber. (8)

453/81.570 I Piller – Wirtschaftliche Lage der Familien und Rentner (8. Dezember 1981)

Nach neuesten Untersuchungen, lebt in der Schweiz ein beachtlicher Teil unserer Familien und Rentner knapp am Existenzminimum. Inflationsschübe, schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt und hohe Kosten im Gesundheitswesen führten dazu, dass für diesen Bevölkerungsteil die Ausgaben für das Lebensnotwendigste weit stärker angewachsen sind als die Einnahmen.

Ich bitte deshalb den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich der Bundesrat zu einer minimalen Einkommensgarantie für Familien und zur Anhebung der AHV-Minimalrente auf ein Niveau, das einen angemessenen Lebensstandard erlaubt?
2. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass eine eidgenössische Familienzulagenregelung mit verbindlichen Mindestbeträgen geschaffen werden sollte?
3. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um das Angebot von geräumigen und preisgünstigen Wohnungen für unsere Familien und auch für unsere Rentner zu verbessern?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, um die Familien und Rentner mit bescheidenem Einkommen von den hohen Kosten im Gesundheitswesen zu entlasten?

Mitunterzeichner: Belser, Bühler, Donzé, Gassmann, Lieberherr, Meylan, Weber. (7)

453/81.570 I Piller – Situation économique des familles et des rentiers (8 décembre 1981)

Selon des études toutes récentes, une partie non négligeable des familles et des rentiers de notre pays ont tout juste le minimum vital pour subsister. Les poussées inflationnistes, la situation difficile sur le marché du logement ainsi que les coûts élevés de la santé ont eu pour effet que cette tranche de la population a vu ses dépenses de première nécessité augmenter beaucoup plus fortement que ses revenus.

Je prie donc le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Quelle est l'opinion du gouvernement sur la garantie d'un revenu minimum pour les familles et sur le relèvement des rentes AVS minimums, de manière à permettre un niveau de vie convenable?
2. Le Conseil fédéral n'est-il pas de l'avis qu'il faudrait introduire une réglementation fédérale en matière d'allocations familiales prévoyant des montants minimums obligatoires?
3. Que pense-t-il faire afin d'améliorer l'offre de logements spacieux à loyer modéré pour les familles ainsi que pour les rentiers de notre pays?
4. Quels moyens le Conseil fédéral voit-il de décharger les familles et les rentiers à revenu modeste des coûts élevés de la santé?

Cosignataires: Belser, Bühler, Donzé, Gassmann, Lieberherr, Meylan, Weber. (7)

Adressen der Autoren:

Dr.iur. Gret Haller
Länggass-Strasse 53, 3012 Bern

Elisabeth Kästli
Schribstube Bern, Postfach 113, 3000 Bern 13

Marie-Josèphe Lachat, lic.ès.sc.soc.
Bureau à la condition féminines des Kantons Jura
2, rue du 24-septembre, 2800 Delémont

Dr.rer.pol. Richard Schwertfeger
Finkenweg 9, 3003 Jegenstorf